

Freisinn FDP

Herausgeber/Redaktion: Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz, Postfach 6136, 3001 Bern, Telefon (031) 320 35 35, Fax (031) 320 35 00
FDP im Internet: <http://www.fdp.ch>
E-Mail: gs@fdp-prd.ch
Inserate: Neue Zürcher Zeitung (Zürich); Kretz AG (Feldmeilen)

FRANZ GEORG MEIER
DIP. SCHW. LANDESDIPLOM
HAI 1 WY 1 A STRASSE 15
3003 BERN

038

BERN  FDP-Delegiertenversammlung Pg 21580

Dreimal Ja, einmal Nein

SCHWEIZERISCHE LANDESBIBLIOTHEK
BIBLIOTHÈQUE NATIONALE SUISSE
BIBLIOTECA NAZIONALE SVIZZERA
BIBLIOTECA NAZIONALA SVIZRA

An der ausserordentlichen Delegiertenversammlung vom 9. Januar 1999 in Bern haben die Delegierten die Parolen für die eidgenössische Abstimmung vom 7. Februar 1999 gefasst. Sie sagten Ja zum revidierten Raumplanungsgesetz, Ja zur Verfassungsbestimmung über die Transplantationsmedizin, Ja zur Lockerung der Kantonsklausel, aber Nein zur Hauseigentümerinitiative «Wohneigentum für alle».

Saudan (GE) auf der Pro-Seite beteiligten, wurde über die Lockerung der Kantonsklausel diskutiert. Die Argumente für mehr Auswahl bei Bundesratswahlen, also für Qualität statt Kantonszugehörigkeit, vermochten eine Mehrheit der Delegierten zu überzeugen. Sie stimmten der Lockerung der Kantonsklausel und einer gerechten Vertretung der Regionen mit 78 zu 25 Stimmen zu.

VON FDP-PRESSECHIEF
GUIDO SCHOMMER,
BERN



Der Delegiertenrat beschloss einstimmig die Ja-Parole zur

neuen Verfassungsbestimmung zur Transplantationsmedizin. FDP-Nationalrat Marc Suter erläuterte die rechtliche Grundlage für ein Gebiet, in dem Regelungsbedarf besteht. Die Vorlage gilt allgemein als wenig umstritten. Der ehemalige Ausserordner FDP-Regierungsrat und heutige Chef des Bundesamtes für Raumplanung, Ueli Widmer, legte die Revision des Raumplanungsgesetzes dar. Er betonte dabei insbesondere die unternehmerischen Vorteile für die Landwirte. Die Delegierten folgten ihm mit einer Ja-Parole von 44 Ja gegen 2 Nein.

Für eine moderne Asyl- und Entwicklungspolitik

An der Delegiertenversammlung, die im Berner

Bea-Kongress stattfand, wurden die zwei Positionspapiere «Asylpolitik» und «Entwicklungszusammenarbeit» von Nationalratspräsidentin Trix Heberlein (FDP) vorgestellt. In der Asylpolitik wird ein ganzer Strauss von Massnahmen verlangt (siehe auch Seite 7 im «Freisinn»). Zu diskutieren gab insbesondere die Forderung nach einem neuen, eigenen Verfahrensrecht fürs Asylwesen und die Zusammenarbeit der Asylrekurskommission mit der Verwaltung. In der Entwicklungszusammenarbeit wird konkretisiert, wie die FDP mit Hilfe vor Ort die Probleme der Migration an ihrem Ursprung bekämpfen will.

Klares Ja für Lockerung der Kantonsklausel

An einem Podium, an dem sich Nationalrätin Dorle Vallender (AR) und Nationalrat Bernard Comby (VS) auf der Contra- sowie Ständerat Rolf Büttiker (SO) und Ständerätin Françoise

Sanierung der öffentlichen Finanzen hat Priorität

FDP-Bundesrat Kaspar Villiger und FDP-Nationalrat Yves Christen (VD) überzeugten eine Mehrheit der Delegierten, dass die Hauseigentümerinitiative «Wohneigentum für alle» nicht mit dem übergeordneten FDP-Ziel der Haushaltsanierung verträglich sei. Neue Steuerausfälle von insgesamt 1,4–1,9 Milliarden Franken jährlich seien die Folge bei einer wie von den Initianten verlangten Wohneigentumsförderung. Im übrigen erreiche die Initiative nicht das Ziel, in grosser Anzahl Mietern den Erwerb von Wohneigentum zu ermöglichen. Ganz anders dagegen FDP-Nationalrat Toni Dettling (SZ). Er argumentierte für ein «urfreisinniges» Anliegen wie die Eigentumsför-

FDP SCHWEIZ

Inhalt

- Referat des Parteipräsidenten an der DV Bern ab Seite **5**
- Auszüge aus dem Positionspapier «Asylpolitik» auf Seite **8**
- Warum sich Bundesrat Kaspar Villiger gegen die Hauseigentümerinitiative einsetzt ab Seite **10**
- Argumente für die Lockerung der Kantonsklausel von Ständerat Fritz Schiesser auf Seite **12**



derung. Es sei nicht nachvollziehbar, dass dieses Volksbegehren jetzt einem Stabilisierungsprogramm geopfert werden solle. Er stellt ausserdem in Aussicht, dass sich dank der Initiative sehr viele Mieter neu den Traum vom Eigenheim verwirklichen könnten. Die Delegierten beschlossen mit 101 zu 83 Stimmen die Nein-Parole.

Parolen der FDP Schweiz

für die eidgenössische Abstimmung vom 7. Februar 1999:

- JA** zum Bundesbeschluss über die Änderung der Voraussetzungen für die Wählbarkeit in den Bundesrat (Lockerung der Kantonsklausel)
- JA** zur Änderung des Raumplanungsgesetzes (RPG)
- JA** zur Verfassungsbestimmung über die Transplantationsmedizin
- NEIN** zur Volksinitiative «Wohneigentum für alle»

MUTTERSCHAFTSVERSICHERUNG  Referendum?

Anspruch auf klare Fragen

In der anspruchsvollen Staatsform der direkten Demokratie haben Bürgerinnen und Bürger das Recht, bei den vielen Urnengängen klare Fragestellungen vorgelegt zu bekommen, die eine klare Willensbildung ermöglichen. Das knapp unterlegene Konzept der FDP- und SVP-Ständeräte zur Mutterschaftsvorlage (MSV) hätte diesen Anspruch gewährleistet. Den (massvoll) ausgestalteten Leistungen an Mütter wäre die präzise definierte, langfristige Finanzierung der neuen Versicherung gegenüberüberstanden.

VON FDP-STÄNDERÄTIN
VRENI SPOERRY,
HORGEN (ZH)

Sobald in einer obligatorischen Volksabstimmung die Erhöhung um 2,5 MWSt-Promille bewilligt gewesen wäre, hätte mit der Auszahlung der Leistungen aus dem Fonds der Erwerbsersatzordnung begonnen werden können. Nach der zweimaligen, wuchtig erfolgten Ablehnung einer über Lohnprozente finanzierten Mutterschaftsversicherung in den achtziger Jahren hätten die Stimmberechtigten zur Frage Stellung nehmen müssen, ob sie eine Mutterschaftsversicherung mit einer anderen Finanzierung – eben über die MWSt – annehmen wollten oder nicht. Es hätte zwei eindeutige La-

ger gegeben: jene, welche eine Mutterschaftsversicherung in der neuen Form unterstützen, und jene, welche einer solchen grundsätzlich opponieren.

Rhetorische Verfassungsabstimmung

Mit dem Konzept des Bundesrates, dem vor allem die CVP- und SP-Vertreter zum Durchbruch verholfen haben, wird die Sachlage verschwommen. Danach sollen die vorgesehenen Leistungen – sofern kein Referendum ergriffen wird – sofort aus dem bestehenden EO-Fonds ausgerichtet werden. Erst, wenn dieser in etwa vier Jahren erschöpft ist, wird die langfristige Finanzierung der MSV angegangen. Auch beim Konzept der Parlamentsmehrheit gibt es dannzumal eine obligatorische Verfassungsabstimmung über die notwendige Erhöhung der MWSt. Auch die Mehrheit will die Mutterschaftsversicherung primär über die Konsumsteuer finanzieren. Eine Anhebung der MWSt-Sätze bedingt aber zwingend eine Gutheissung durch Volk und Stände, unabhängig davon, ob sie für die AHV, die IV, die NEAT oder die neue Mutterschaftsversicherung gebraucht werden. Aber die



FDP-Ständerätin Vreni Spoerry.

(Bild ruti)

Wirkung der Verfassungsabstimmung gemäss Parlamentsmehrheit ist dannzumal eine ganz andere als die Verfassungsbestimmung zur MWSt-Anhebung der unterlegenen Minderheit.

Beim Konzept der FDP- und SVP-Ständeräte entscheiden Zustimmung oder Ablehnung der langfristigen Finanzierung der Mutterschaftsversicherung über deren Einführung oder Nichteinführung. Beim Konzept der Parlamentsmehrheit dagegen hat die spätere Verfassungsbestimmung über die Erhöhung der MWSt lediglich noch den Stellenwert eines Vorschlages. Sollten nämlich Volk und Stände dannzumal diese Finanzierung nicht bewilligen, kommen einfach Lohnpromille zum Zug. Der Bundesrat hat bei der Ablehnung der MWSt-Erhöhung das Recht, in eigener Kompetenz zwei zusätzliche Lohnpromille für die MSV zu erheben. Die Verfassungsbestimmung

hat nur noch einen rhetorischen Gehalt.

Referendumsdrohung verständlich

Es ist nicht verwunderlich, dass gegen diese Vorlage von Bundesrat und Parlamentsmehrheit das Referendum in Aussicht gestellt worden ist. Ein solches gibt die Möglichkeit festzustellen, ob das Schweizer Volk bereit ist, einer Mutterschaftsversicherung zuzustimmen, gleichgültig, wie diese schliesslich finanziert wird. Das dürfte nicht bei allen Stimmberechtigten der Fall sein. Der Entscheid zu Gunsten der MWSt-Finanzierung hat nämlich gute Gründe: zum ersten wurden – wie dargelegt – Lohnpromille für die Mutterschaftsversicherung zweimal abgelehnt, zum zweiten erlaubt der international verschärfte Konkurrenzkampf keine weitere Erhöhung der Lohnnebenkosten, und zum dritten und nicht zuletzt umfasst die

vorgeschlagene MSV auch Bedarfsleistungen an nicht erwerbstätige Mütter in bescheidenen finanziellen Verhältnissen. So sehr solche zu begrüssen sind, ihre Finanzierung ist keine Aufgabe von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, sondern eine solche der gesamten Gesellschaft.

Die Zukunft wird weisen, ob man bei Vorlagen besser fährt, wenn man den Stimmberechtigten die Konsequenzen klar auf den Tisch legt und ihnen damit einen unmissverständlichen Entscheid ermöglicht, oder ob man – aus welchen Gründen auch immer – offen lässt, welche konkreten Folgen ein Vorhaben letztlich haben wird. Die Annahme der Mehrheit, mit ihrem Vorgehen der Mutterschaftsversicherung rascher und sicherer zum Durchbruch zu verhelfen, als dies mit dem Konzept der FDP- und SVP-Ständeräte der Fall wäre, erscheint jedenfalls nicht als gesichert. ■

ZUM THEMA

Die Verfassungsbestimmung hat nur noch einen rhetorischen Gehalt.

Es ist nicht verwunderlich, dass gegen diese Vorlage von Bundesrat und Parlamentsmehrheit das Referendum in Aussicht gestellt worden ist.

ABSTIMMUNG VOM 18. APRIL 1999  Die neue Bundesverfassung

Bedeutend mehr als Kosmetik

Die eidgenössischen Räte haben Mitte Januar dieses Jahres mit ihren Verhandlungen über den Verfassungsentwurf begonnen. Am 18. Dezember 1998, 11 Monate später, noch im Jubiläumsjahr 1998, konnten die Arbeiten an diesem Projekt termingerecht abgeschlossen werden – 33 Jahre nachdem der freisinnige Solothurner Ständerat Obrecht und der liberale Basler Nationalrat Dürrenmatt ihre Motionen eingereicht hatten.

VON STÄNDERATSPRÄSIDENT RENÉ RHINOW, SELTISBERG (BL)

Damit liegt zum erstenmal seit 124 Jahren eine totalrevidierte Bundesverfassung vor – die zweite in der 150jährigen Geschichte unseres Bundesstaates.

Aktualisierung

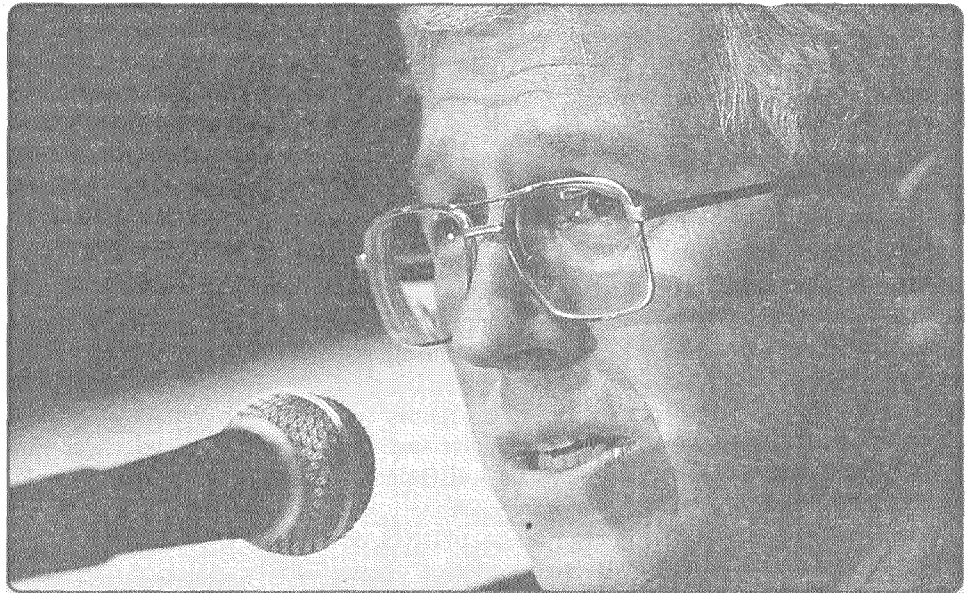
Damit hat das Parlament den Auftrag, eine nachgeführte und aktualisierte Verfassung zu schaffen, zeitgerecht erfüllt.

Das neue Grundgesetz ist nun lesbar, verständlich, modern und klar gegliedert, es gibt das geltende Recht vollständig und einsichtig wieder. Dabei hat sich die Vorlage des Bundesrates als ausgezeichnete Basis erwiesen, die teils übernommen, teils weiterentwickelt werden konnte. Das Parlament darf für sich in Anspruch nehmen, bei dieser Aktualisierung einen wesentlichen Anteil an die endgültige Fassung geleistet zu haben. Mehr als sonst wurden die einzelnen Worte gewogen, Begriffe durchleuchtet, die Formulierungen auf ihren Rechtsgehalt und auf ihre symbolische Tragweite hin überprüft. Breite Kreise der interessierten Bevölkerung wurden angehört und viele der eingereichten Vorschläge berücksichtigt.

Gemeinschaftswerk

Der vorliegende Entwurf ist ein Gemeinschaftswerk von Bund und Kantonen, von Parlament und Regierung, von Verwaltung und ausserstehenden Experten, von Gesetzgeber und vielen Bürgern, Bürgerinnen und Organisationen. Sie ist aber auch ein Gemeinschaftswerk von Nationalrat und Ständerat. Beide Räte haben um diese Verfassung mit ausserordentlichem Engagement gerungen. Bis zuletzt wurden alle Verfahren der Differenzbereinigung ausgeschöpft. Beide Räte haben aber auch Entgegenkommen gezeigt und gegenseitiges Verständnis eingebracht, so dass sie sich beide in der endgültigen Fassung wiedererkennen können.

Ein solches Ringen, in dem hüben und drüben viel Herzblut vergossen, viel Überzeugungskraft eingesetzt, immer wieder neue Kompromisslösungen gesucht und gefunden wurden, belegt – anschaulicher als jede theoretische Überlegung –, dass Nachführung mehr ist als Nachführung. Sie ist echte, schöpferische Aktualisierung. Deshalb ist es auch völlig abwegig, von Kosmetik oder von einer Schönschreibübung zu sprechen.



Ständeratspräsident René Rhinow: «Mit der neuen Verfassung haben wir den Boden bereitet, dass weitere Reformen in Angriff genommen werden können.» (Bild ruti)

Auch Neues in der Verfassung

Die Verfassung atmet unseren Zeitgeist, auch dort, wo sie sich anschickt, das Geltende scheinbar nur auf die Höhe der Zeit zu bringen.

Doch die Bundesversammlung hat auch bewusst verändert, Neues geschaffen, getreu der Devise, dass der Boden der eng verstandenen Nachführung dort verlassen werden kann und soll, wo Neuerungen auf einen breiten Konsens zählen können, wo in diesem Sinne alte Zöpfe abgeschnitten oder neue Entwicklungen aufgenommen werden sollen.

Als Beispiele seien erwähnt:

- das verstärkte Gewicht der Kantone im Rahmen der Zusammenarbeit mit dem Bund, bei Gebietsveränderungen und in der Aussenpolitik;
- die besondere Berücksichtigung von Jugendanliegen, der Integration Behinderter, der Förderung von Kunst und Musik sowie der

Unterstützung mehrsprachiger Kantone;

- die neuen Bundeskompetenzen im Bereich der Statistik und der Berufsbildung;

- die zahlreichen Änderungen im organisatorischen Bereich, von der Mitwirkung des Parlamentes in der Aussenpolitik über die neuen, vereinfachten Erlassformen (Bundesgesetze und Bundesbeschlüsse), die selbständigen Befugnisse parlamentarischer Kommissionen, die Rechtsgrundlage für Aufträge an den Bundesrat bis hin zur neuen Regelung des Truppenaufgebotes für die Wahrung der äusseren und inneren Sicherheit.

Grundwerte bekräftigt

Vor allem aber sind mit der Verfassungsreform die Grundlagen unseres Gemeinwesens, die verfassungsbildenden Grundwerte bekräftigt und damit gefestigt worden.

Rechtsstaatlichkeit und Demokratie, Föderalismus, Integration mehrerer

Sprach- und Kulturgemeinschaften, Sozialstaatlichkeit, freiheitliche und wettbewerbsorientierte Wirtschaftsordnung, in der Völkergemeinschaft verankerte Souveränität – sie sind und bleiben die Konstanten unseres Landes. Sie erscheinen in der neuen Verfassung in neuem Lichte, als sichtbare, verbindliche Klammer, die unser Volk zusammenhält. Sie vermitteln Stabilität, Vertrauen in die eigenen Stärken, Gewissheit über das, was heute Identität genannt wird. Sie schlagen damit die Brücke von der eigenen Vergangenheit zur offenen Zukunft mit ihren Herausforderungen.

Und mit der neuen Verfassung haben wir auch den Boden dafür bereitet, dass weitere Reformen in Angriff genommen werden können, dass der notwendige Prozess der Verfassungs- und Staatsreform seinen Fortgang nehmen kann, wenn, was ich hoffe, der Wille dafür vorhanden sein wird. ■

Die Schweiz und der Handel mit gestohlenen Kulturgütern

(pd) Zusammen mit der Nationalen Informationsstelle für Kulturgütererhaltung (NIKE) hat das Bundesamt für Kultur (BAK) im Winter 1996/97 eine historische Forschungsarbeit über die Rolle der Schweiz als Kunsthandelsplatz ab Anfang der dreissiger Jahre bis in die Mitte der fünfziger Jahre in Auftrag gegeben. Die Forschungsarbeiten des mit dem Projekt beauftragten Historikers Thomas Buomberger und der Begleitgruppe konnten im Herbst 1998 abgeschlossen werden und sind nun in Buchform im Orell-Füssli-Verlag erschienen.

Die Ergebnisse der Studie setzt Thomas Buomberger in einen historischen Kontext: Ausgehend von Einzelfällen und -geschichten, zieht der Autor Schlüsse auf eine grössere Gesamtheit. Dabei wird der Komplex der geraubten

Kunst, des Transfers in die Schweiz sowie des schweizerischen Handels angegangen. Die Studie zeigt den Mechanismus dieses Handels auf und zeichnet die Geschichte der einzelnen Protagonisten nach.

Auch die Schweiz war während des Zweiten Weltkriegs ein bedeutender Umschlagplatz für gestohlene Kulturgüter, welche die Nazis in den besetzten Ländern geraubt hatten. Käufer waren Kunsthändler und Privatpersonen. Auf Grund eines Spezialbeschlusses, den der Bundesrat auf Druck der Alliierten erlassen hatte, mussten nach dem Krieg über 70 Bilder aus Schweizer Besitz den Bestohlenen zurückgegeben werden. Doch diese Fälle waren nur ein Teil eines grösseren Komplexes. Dieser wurde damals entweder nicht untersucht, oder man gelangte, wo Nachforschungen ange-

strengt wurden, zu keinem Ergebnis. Niemand, der an Geschäften mit Kulturgütern dubioser Provenienz beteiligt war, wurde strafrechtlich belangt. Zudem gab es meist keine bestohlenen Opfer, die auf Rückgabe ihrer Kunstwerke klagten.

Die vorliegende Studie untersucht umfassend das Geschäft mit illegal erworbener Kunst in der Schweiz zur Zeit des Zweiten Weltkriegs. Anhand vieler Einzelschicksale und exemplarischer Fälle erstellt sie ein Mosaik dieser Aktivitäten. Sie zeigt den Mechanismus dieses Handels auf, schildert die Akteure und fragt nach der Verantwortung der Behörden.

Die Studie «Raubkunst – Kunstraub: Die Schweiz und der Handel mit gestohlenen Kulturgütern zur Zeit des Zweiten Weltkriegs» ist im Orell-Füssli-Verlag in der Reihe Zeitgeschichte erschienen; 516 Seiten, gebunden mit Schutzumschlag; Fr. 58.–; ISBN 3-280-01807-8.



Karl Schmid's «Gesammelte Werke»

Vor einem Vierteljahrhundert starb der Germanist, Historiker, Humanist und Staatsdenker Karl Schmid im Alter von 67 Jahren an den Folgen einer heimtückischen Lungenentzündung.

Er stand kurz vor seinem Rücktritt als Professor für deutsche Sprache und Literatur an der ETH, deren Rektor er von 1953 bis 1957 war.

Unlängst sind nun sechs Bände im Verlag der Neuen

Zürcher Zeitung als «Gesammelte Werke» Karl Schmid's herausgekommen, und im nächsten Frühjahr werden noch zwei Briefbände erscheinen.

Die vorliegende Edition erschliesst das Gedankengut Karl Schmid's in erweiterter und vertiefter Form. Sie ermöglicht dadurch den echten Dialog zwischen Geistes und Naturwissenschaften und regt vertiefte Diskussionen über staatspolitische Fragen unserer Zeit an.

Schmid's Bücher und Schriften sind in hohem Masse auch dazu geeignet, Brücken zu schlagen zwischen verschiedenen Disziplinen, insbesondere der Germanistik, der Ge-

schichte, Politologie, Psychologie und der Militärwissenschaft.

Mit diesen «Gesammelten Werken» soll Karl Schmid wieder vermehrt Gehör verschafft werden, hat er sich doch, wie kaum ein anderer, über Jahrzehnte mit unserem Land und seinem Verhältnis zum Ausland, vor allem zu Europa, intensiv auseinandergesetzt. Sein bedeutendes Werk eignet sich an der Schwelle zum neuen Jahrhundert hervorragend dazu, uns und unseren Nachbarn die Schweiz verständlicher zu machen.

Heute sind seine Schriften noch immer hochaktuell.

Den Schluss der sechsbändigen Ausgabe bildet die berühmt gewordene

Rektoratsrede von Karl Schmid, die er kurz vor seinem Tode geschrieben hatte unter dem Titel: Die komplementäre Wirklichkeit des Wissenschaftlers.

Karl Schmid war ein Wissenschaftler und ein Staatspolitiker, der durch sein Wirken und sein Werk unserem Land unvergängliche Dienste erwiesen hat – einer, den man auch heute noch sehr vermisst.

Prof. Hans Künzi,
a. Nationalrat,
Zürich

Karl Schmid «Gesammelte Werke» in 6 Bänden. Im Auftrag der Karl-Schmid-Stiftung herausgegeben von Thomas Sprecher und Judith Niederberger im Verlag der Neuen Zürcher Zeitung. Jeder Band ca. 500 Seiten. Ladenpreis Fr. 450.–. Einzelbände Fr. 78.–.



KARL SCHMID

ERÖFFNUNGSANSPRACHE DES PRÄSIDENTEN 9. Januar 1999 in Bern

«Probleme lösen statt nur benennen»

Der «Freisinn» veröffentlicht die Rede von Parteipräsident Nationalrat Franz Steinegger an der ausserordentlichen Delegiertenversammlung in Bern:

VON FDP-PRÄSIDENT
NATIONALRAT FRANZ
STEINEGGER, FLÜELEN
(UR)

Im Frühjahr des vergangenen Jahres hat Bundesrat Kaspar Villiger die Exponenten von Politik und Wirtschaft am sogenannten runden Tisch versammelt, um ein breit abgestütztes Programm zur Erreichung des Haushaltszieles 2001 zu erarbeiten. Trotz kleinlicher Kritik und bösen Kommentaren von beleidigten Nichtbeteiligten konnte der Bundesrat das Stabilisierungsprogramm 98 vorlegen, und die Vorlage hat die erste Hürde im Nationalrat genommen.

Nicht in den Eiertanz einreihen

Wichtig war, dass wir eine Grundlage für die Abstim-

mung über das Haushaltsziel hatten. Am 7. 6. 1998 haben Volk und Stände dieser Vorlage in aller Deutlichkeit zugestimmt. Dieser Auftrag muss für uns Verpflichtung sein.

Natürlich beteiligt sich die Linke nur widerstrebend an der Realisierung des Haushaltszieles. Die Mehrheit der Linken hat sich in der parlamentarischen Beratung im Nationalrat durch Nein-Sagerei ausgezeichnet. Gleichzeitig versucht sie die Haltung zur Wohneigentumsinitiative zur Nagelprobe hochzustilisieren. Dass man mit der Unterstützung der Volksinitiative für die 10. AHV-Revision ohne Erhöhung des Rentenalters ein viel grösseres Loch in der Bundeskasse riskiert hätte, wird natürlich unterschlagen.

Dieses Ärgernis darf aber nicht dazu führen, sich selbst in diesen Eiertanz einzureihen. Wir wollen die Bundesfinanzen sanieren, weil dies für uns zuoberst auf der politischen Prioritätenliste steht und nicht weil die Linke mitmacht oder nicht mitmacht. Es geht aber immer wieder darum, Mehrheiten und Referendumsfestigkeit zu erreichen.

Markanter Erfolg an der Beschäftigungsfrent

Gesunde Staatsfinanzen dienen nicht der Selbstbefriedigung. Gesunde Staatsfinanzen, arbeitsplatzschaf-



FDP-Präsident Franz Steinegger: «Immer wieder wird vergessen: Zu jedem Nehmer gehört auch ein Geber.» (Bild ruti)

fende Investitionen, eine zurückhaltende Steuerpolitik, eine nachhaltige Finanzierung des Sozialstaates und ein flexibler Arbeitsmarkt sind für uns Voraussetzungen für Wachstum und Beschäftigung.

Und an dieser Beschäftigungsfrent konnte unser Land einen markanten Erfolg verzeichnen. Seit dem 1. Quartal 1997 ist die Arbeitslosenrate von 5,7 auf 3,3% gesunken. Die Arbeitskräfteerhebung 1998 hat bestätigt, dass dieser Rückgang nicht nur ein statistisches Phänomen darstellt. Nüchtere Arbeit an den Rahmenbedingungen und Verzicht auf die von den Linken geforderten, auf Pump finanzierten Beschäftigungsprogramme haben zu dieser Besserung beigetragen.

Missbrauch des Steuersystems

Man kann das Steuersystem auf zwei Arten als Umverteilungsmaschine missbrauchen. Man kann die Steuerquote erhöhen, um Ansprüche von mächtigen

Interessengruppen zu befriedigen, oder man kann mächtige oder weniger mächtige Gruppen mit Vergünstigungen beglücken.

Die Begründungen für die Ingangsetzung der Umverteilungsmaschine haben in der Zwischenzeit auffallende Ähnlichkeiten erlangt. So verweist die Linke auf die geringere Soziallastquote der Schweiz im Vergleich zu anderen europäischen Ländern und folgert daraus, dass die Schweiz sozialer werden muss und deshalb die Sozialausgaben erhöht werden müssen. Dabei kann man natürlich viele Verfassungsbestimmungen anrufen.

Gleichzeitig verweist eine andere Gruppe im politischen Spektrum der Schweiz auf die im Vergleich zu anderen Staaten tiefe Wohneigentümerquote und fordert höhere Steuervergünstigungen. Offensichtlich führt die unterschiedliche Selbsteinschätzung im politischen Orientierungssystem keineswegs automatisch zu anderen politischen Forderungen.

Zu jedem Nehmer gehört ein Geber

Das vom Volk angenommene Haushaltsziel 2001 hat eine hoffentlich heilsame Wirkung: Wenn für eine Gruppe eine Vergünstigung erkämpft wird, müssen die Lobbyisten entweder zugeben, dass alle anderen und in der Regel auch die Beglückten mitbezahlen müssen, oder sie müssen angeben, an welchem anderen Ort der entstehende Fehlbetrag eingespart werden soll.

Es wird ja immer wieder vergessen, dass zu jedem Nehmer ein Geber und umgekehrt gehört. Heute sind beide Figuren oft identisch. Es ist ein Griff in die eigene Tasche. Dies ermöglicht einen wunderbaren und endlosen Kreislauf.

Wir haben vernommen, dass die SP dieses Land noch sozialer machen will. Dabei wird heute über ein Drittel, was dieses Land erwirtschaftet, wieder an alle möglichen Kunden ausgeschüttet. Somit wird vorausgesetzt, dass eine neue Freude an weiteren Steuern und Abgaben am Entstehen wäre. Wir hoffen, dass die SP die Gutmütigkeit der Bürgerinnen und Bürger doch etwas überschätzt.

Keine neuen Ausnahmen in den Steuerdschungel pflanzen

Unser Ziel muss darin bestehen, zunächst das Haushaltsgleichgewicht herbeizuführen, um dann die Steuersätze für alle Schichten zu senken, statt neue Ausnahmen im Steuerdschungel zu pflanzen. Der angesammelte Schrott an Vergünstigungen, Ausnahmen und Privilegien muss weg und nicht noch vermehrt werden.

Die Unsicherheit für die Zukunft bleibt. Wenn wir wollen, dass die positiven Errungenschaften der

FORTSETZUNG AUF SEITE 6

ZUM THEMA

Wir wollen die Bundesfinanzen sanieren, weil dies für uns zuoberst auf der politischen Prioritätenliste steht und nicht weil die Linke mitmacht oder nicht mitmacht.

Und an dieser Beschäftigungsfrent konnte unser Land einen markanten Erfolg verzeichnen. Seit dem 1. Quartal 1997 ist die Arbeitslosenrate von 5,7 auf 3,3% gesunken.

FORTSETZUNG VON SEITE 5

Schweiz so bleiben, wie sie sind, oder noch verbessert werden sollen, dann ist es nötig, dass sich vieles verändert. Diese Arbeit wollen wir gegen den Widerstand der Kämpfer für das «Weiter so» und auch gegen die Bewahrungssillusionisten im rechtsextremen Lager fortsetzen. Wir erachten es als notwendig, die neue Wirklichkeit zu sehen und sich darauf einen politischen Reim zu machen, statt nach dem Motto «Augen zu» zu politisieren.

Erfolgreiches Abstimmungsjahr 1998

Die Stimmbürger haben in verschiedenen Abstimmungen gezeigt, dass sie nicht Stillstand zwischen ideologischer Geschwätzigkeit und auch nicht Rückschritt wollen. Dieses Land hat genug von der Benennung von Problemen, ohne sie lösen zu wollen. Die Unsicherheiten für die Zukunft kann niemand wegnehmen. Mit zitternden Knien auf die Zukunft warten will aber offenbar eine Mehrheit nicht.

Gleichzeitig mit der Zustimmung zum Haushaltsziel haben Volk und Stände mit der Ablehnung der Genschutzinitiative die Ein-



FDP-Präsident Franz Steinegger: «In der Sicherheits- und Asylpolitik zeigt sich, wie sich linke und rechte Traditionalisten gegenseitig in die Hand arbeiten.» (Bild ruti)

führung eines Technologieverbotes abgelehnt und damit dem linksgrünen Konservatismus eine Absage erteilt.

Gegen eine Echternacher Schreitprozedur

Am 11. 12. 1998 konnten dann die Verhandlungen über die bilateralen sektoriellen Verhandlungen zwischen der Europäischen Union und der Schweiz zum Abschluss gebracht werden.

Hier warten wir natürlich gespannt auf die definitive Stellungnahme der SVP und der SP. Die SVP hat gegen den EWR als Alternative die bilateralen sektoriellen Verhandlungen gefordert. Die SP jubelt seit Jahren den EU-Beitritt. Nun wird beim ersten Schritt schon das halbe Parteiprogramm als innenpolitische Begleitmassnahme gefordert. Für uns ist aber die Europapolitik keine Echternacher Schreitprozedur mit zwei Schritten vorwärts und einem zurück, und auch kein Marsch in den Sozialismus, sondern nüchterne und pragmatische Wahrung schweizerischer Interessen.

In der Sicherheits- und Asylpolitik zeigt sich deutlich, wie sich linke und rechte Traditionalisten ge-

genseitig in die Hand arbeiten. Die einen möchten das Asylproblem mit einer Grenzbesetzung lösen. Nur wird dabei nicht gesagt, was man mit den Leuten machen soll, die an der Grenze aufgegriffen werden. Wenn die Nachbarstaaten diese Menschen zurücknehmen sollen, dann brauchen wir mit diesen Staaten Zusammenarbeit. Dabei müssen wir wahrscheinlich auch Interessen der Nachbarn anerkennen. Überdies sind alle Nachbarn EU-Staaten, weshalb auch diese Organisation ein Wort mitzureden hat. Das entsprechende EU-Instrument ist das Dubliner oder Erstasylabkommen.

Einwanderungspolitik zur Linken ...

Für die Linke andererseits ist Asylpolitik eher Einwanderungspolitik, welche mit einem riesigen bürokratischen Aufwand – unter dem Gesichtspunkt der Gerechtigkeit eher eine Lotterie – kaschiert wird.

Welches sind nun die Lehren aus der Bosnien-Krise? Damals sind viele tausend Menschen aus Ex-Jugoslawien zu uns gekommen. Zurückkehren konnten diese Menschen erst, als die Nato dort einigermaßen stabile Verhältnisse geschaffen hatte. Ohne diesen

Einsatz hätte die SVP toben können, nichts hätte geändert werden können. Oder hätte man den Rückmarsch durch Österreich und Italien sowie Slowenien oder Ungarn mit Waffengewalt erzwingen wollen?

... Politikmarketing bei den Verweigerern

Es ist zu akzeptieren, wenn eine politische Kraft jede wirksame Mitwirkung der Schweizer Armee verweigert, um Stabilität in Herkunftsgebieten von Flüchtlingen herbeizuführen. Dann soll diese Partei aber bei der Kritik an der Anwesenheit von Flüchtlingen in der Schweiz Zurückhaltung üben. Etwas anderes ist reiner Zynismus. Die Flüchtlinge sind dann einfach das Material für Politikmarketing.

Interessant ist, dass sich die SVP bei der Kritik an bewaffneten Auslandseinsätzen unserer Armee mit der Linken einig weiss. Diese wird gegenüber der Multifunktionalität unserer Armee zunehmend kritisch. Man möchte unsere Armee zu einem Instrument gegen terrestrische Angriffe zurückbinden. Weil in Europa aber eine breite terrestrische Angriffsfähigkeit fehlt, wird damit die Legitimation für unsere Armee in

Frage gestellt. Die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes werden sich nämlich nach dem Sinn dieser Armee fragen, wenn diese den Gewohnheiten des Zweiten Weltkrieges und des kalten Krieges folgend mit Panzern und Panzerhaubitzen am Rhein auf den Feind wartet, während jeder wirksame Beitrag zur Verhinderung von Migrationsbewegungen verweigert wird.

Beitrag leisten

Wir sind demgegenüber der Meinung, dass unsere Armee bei aktuellen Bedrohungen einen Beitrag leisten soll. Dies im Rahmen einer auf den Ursprung konzentrierten Neutralität. Wir sind auch hier der Meinung, dass wir die konkreten Probleme lösen sollten, statt Traditionen zu pflegen. Charles de Gaulle hat einmal folgenden Ausspruch getan: «Wir sollten uns nicht die Armee bewahren, die wir gewohnt sind, sondern solche Streitkräfte aufstellen, die wir brauchen.»

Wir sind keine Problembezeichnungspartei, wir wollen Probleme lösen. Dabei wollen wir unsere Grundwerte Leistungen, Freiheit, Verantwortung, Offenheit und Sicherheit hochhalten.

Der schweren Aufgabe stellen

Es ist keine Kunst, auf wirkliches oder vermeintliches Unrecht oder auf Mängel hinzuweisen. Dafür bekommt man immer Applaus, der Papst genauso wie Fidel Castro, Ursula Koch genauso wie Christoph Blocher.

Aber wenn es darum geht, Antworten zu finden, dann wird es schwierig. Dieser schweren Aufgabe wollen wir uns stellen. Die Abstimmungen 1998 haben gezeigt, dass das auch die Mehrheit unseres Volkes will. Unsere Anstrengungen werden deshalb honoriert werden. ■

ZUM THEMA

Die Stimmbürger haben in verschiedenen Abstimmungen gezeigt, dass sie nicht Stillstand zwischen ideologischer Geschwätzigkeit und auch nicht Rückschritt wollen.

Charles de Gaulle hat einmal folgenden Ausspruch getan: «Wir sollten uns nicht die Armee bewahren, die wir gewohnt sind, sondern solche Streitkräfte aufstellen, die wir brauchen.»

KOLUMNE

Ober-Ombudsstelle



Verschiedene Zeitungen wie der «Tages-Anzeiger», die «Tribune de Genève», «24 heures» oder «Le Matin» haben Ombudsstellen eingerichtet. Die Presse vollzieht nach, was SRG und private Rundfunkveranstalter schon seit Jahren kennen.

Das Ziel besteht darin, Differenzen zwischen Publikum und Medien gütlich zu erledigen. Die Erfahrungen scheinen dieses Vorgehen als richtig zu bestätigen. Gleiches ist anderswo zu hören, beispielsweise aus der öffentlichen Ver-

waltung, den Banken, Versicherungen und der Reisebranche.

Warum also dieses «friedensrichterliche» Instrument nicht auch in der Presse anwenden? Sie schafft immer wieder Verärgerungen, die von den Betroffenen nicht einfach geschluckt werden wollen, ohne aber Anwälte und Gerichte zu bemühen. Die Leserbriefe und das Recht auf Gegendarstellung vermögen manche Kontroverse auch nicht aufzuheben.

Der Schluss liegt nahe, die Ombudsfunktionen seien vernünftig und praktikabel.

Doch auch diese Medaille besitzt ihre Kehrseite. Je mehr externe Instanzen kontrollieren, korrigieren und sanktionieren, desto schwächer kann sich unter Umständen das interne Verantwortungsbewusstsein entwickeln – getreu dem Motto, «eh zu machen, was wir wollen; wem es nicht passt, verfügt ja über genügend Beschwerdemöglichkeiten».

Sinnvoll sind Ombudsstellen sicher dort, wo der reklamierende Einzelne befürchten muss, von einem Apparat erdrückt zu werden und sich im Kompetenzdschungel zu verirren.

Trifft das auf Zeitungen zu? Wohl kaum. Sie sind überschaubar organisiert. Aus dem Impressum wird klar ersichtlich, wer wofür

verantwortlich zeichnet. Da müsste doch das direkte Gespräch ohne Einschaltung Dritter ausnahmslos die gute Regel sein.

An den Zeitungen läge es, dies deutlich zu machen und im konkreten Einzelfall auch überzeugend zu beweisen. Es würde sich vorteilhaft herumsprechen. Das wäre als Imagepflege und Leserbindung mindestens so wirkungsvoll wie die Einladung zu Reisen und das Verschenken von Tauchsiedern, Minirechnern und Zündhölzli.

Eigentlich sind die Ombudsstellen der Zeitungen ein Armutszeugnis. Wer vorgibt, professionell mit und für Menschen kommunizieren zu können, müsste der Kommunikation auch vertrauen, wenn es in eige-

ner redaktioneller Sache ein unangenehmes Problem zu lösen gilt. Noch besser wäre es, würden die Zeitungen mit kompetentem Personal und motivierenden Arbeitsbedingungen jene hohe publizistische Qualität gewährleisten, die den Ombuds-Gedanken gar nicht erst aufkommen liesse.

Dürfen wir davon träumen? Oder träumen wir gescheiter davon, dass demnächst die Ombudsfrauen und Ombudsmänner ihre eigene Ober-Ombudsstelle eröffnen?

Alex Bänninger,
Publizist, Präsident
des Freisinnigen
Presseverbandes der
Schweiz, Zürich

FACHHOCHSCHULE ZÜRICH

HOCHSCHULE



FÜR TECHNIK

WIRTSCHAFT UND

VERWALTUNG

ZÜRICH

„Betriebsökonom/in FH“

Berufsbegleitendes Studium in 8 Semestern mit interner Diplomprüfung. Zur Zeit 730 Studierende!

Die Hochschule Technik, Wirtschaft und Verwaltung Zürich - Studienbereich Wirtschaft und Verwaltung - ist Teil der Fachhochschule Zürich. Aufnahmebedingungen nach eidg. FH-Gesetz: Berufsmatura; Matura und 1 Jahr Berufspraxis; Vorkurs mit Aufnahmeprüfung (der 2. Vorkurs beginnt im März 1999); Übergangsregelungen für Kandidaten/innen, die den Vorkurs nicht besuchen können.

Der 3. FH-Studiengang beginnt im Oktober 1999. Anmeldung frühzeitig erwünscht.

Die Wirtschaft und die Verwaltung brauchen Macher... Unterbrechen Sie Ihre Praxs nicht. Studieren Sie berufsbegleitend. So ist der Wissenstransfer gewährleistet.

Senden Sie mir bitte die FH-Information für Betriebsökonom/in.

Anmeldeschluss
31. Mai 1999

Name

Strasse

PLZ/Ort

FH/TA

Auskünfte erteilen:

Hochschulsekretariat HSZ
Wirtschaft und Verwaltung
Lagerstrasse 45, 8021 Zürich
T: 01 298 25 33, F: 01 298 25 15
E-Mail rektorat-wv@fhzh.ch

SIB
Schweiz. Institut für Betriebsökonomie
Zürich-Stettbach,
Auenstr. 4, 8600 Dübendorf
T: 01 822 06 66, F: 01 822 07 77
E-Mail fhsib@fhsib.ch

s i l v a t u r
BÖHMEN  POLEN
WÄLDER
UND RENAISSANCESTÄDTE
AUS DER MÄRCHENZEIT

Komfort-Rundreisen: Faszinierende Begegnung mit der
Kultur und Natur im Osten Europas

Der Naturwaldexperte Andreas P. Speich, dipl. Forsting.ETH/SIA zeigt Ihnen auf einer reichhaltigen, erlesenen Reise Naturwälder, Nationalparke und Kulturdenkmäler in Böhmen, Mähren, in den slowakischen Karpaten und in Ostpolen.

Von der Donau bis zum Bug zu verborgenen Schätzen des europäischen Lebensraumes: An die Moldau in ein idyllisches Renaissance-Städtchen, zu Grossmutter Sofie's Märchenwald in Südböhmen, bei uralten Eichen in den Auen der March, auf

WUNDER-
VOLLEN
URWALD
IN
EUROPA
ENTDECKEN

Bärenpfaden im Nationalpark Hohe Tatra, mit Flössergesellen auf dem Dunajec, unter alten Linden im zarten Urwaldgrün, in die altehrwürdige Königsstadt Krakau, tief in den Wisent-Urwald in Nordost-Polen und Chopin in Warschau.

Frische Waldluft atmen, zauberhaften Waldraum durch-
messen, reizvolle Städte, weite Landschaften entdecken

Beste Hotels, alle Zimmer mit WC/Dusche, Schlafwagen 1- od. 2-Bett-Komfortabteil, Luxusbus mit WC, Pferdegespanne, Flussfahrten, auf Wanderwegen und quer waldein, naturkundliche und kulturelle Führungen, Varianten für kurze od. lange Wanderungen; Rückflug Warschau - Zürich mit Swissair. Alles inbegriffen, 1.Kl. SBB-Billett ab CH-Wohnort nach/von Zürich, hervorragende Verpflegung; 17 Tage pauschal Fr. 4'770.- Einzelzimmerzuschlag 580.- Ab Zürich: Freitagabend: 4. - 20. Juni, 2. - 18. Juli, 30. Juli - 15. August 1999

Verlangen Sie den Prospekt: *silvatur* Postfach 457, CH-8803 Rüschlikon
Tel. & Fax 01 724 26 49 oder 079 405 61 46 E-mail: speich@voyager.archi.it

DELEGIERTENVERSAMMLUNG  Modernisierungspolitik im Asylwesen

Für die Schaffung einer Asylaussenpolitik

Die ausserordentliche Delegiertenversammlung der FDP Schweiz vom 9. Januar 1999 hat ein Positionspapier zur Asylpolitik diskutiert und verabschiedet. Der «Freisinn» veröffentlicht einen Auszug aus diesem Papier:

Die Asylpolitik gehört nach wie vor zu den brisanten Themen der schweizerischen Innen- wie Aussenpolitik. Innert Jahresfrist haben die Asylgesuche um deutlich über 50 Prozent zugenommen. Zusammen mit Holland verzeichnet die Schweiz – gemessen an der Bevölkerung – den höchsten Gesuchseingang in Europa. Eine Trendwende ist nicht in Sicht. Diese rasante Zunahme belastet nicht nur das innenpolitische Klima, sondern zusehends auch die sonst schon arg gebeutelte Bundeskasse. Das Bundesamt für Flüchtlinge (BFF) beantragt für den Voranschlag 1999 ganze 1,3 Mil-

liarden Franken. Im extremsten Fall steigen die Ausgaben bis ins Jahr 2000 auf 2 Milliarden Franken.

Volk und Stände haben in verschiedenen Abstimmungen klargemacht, dass unsere humanitäre Asylpolitik aufrechterhalten werden soll. Das Volk hat sodann Ende 1995 mit der Annahme des Bundesgesetzes über die Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht auch klar zum Ausdruck gebracht, dass Missbräuche konsequent bekämpft werden müssen. Durch die Asylpolitik lassen sich 1/3 der ausländischen Bevölkerung in der Schweiz nicht beeinflussen. Restriktive

Massnahmen beeinflussen zwar die Auswahl der Zielländer, der Wanderungsdruck nach Westeuropa lässt sich dadurch aber auch nicht reduzieren.

Zur Lösung dieser Problematik braucht es einen ganzen Strauss von kurz- und längerfristigen Massnahmen. Es geht darum, die Asylaussenpolitik zu fördern, ohne die Innenfront zu vernachlässigen.

Asylpolitische Ziele

Die FDP bekennt sich zu einer humanen Asylpolitik im Sinne der humanitären Tradition der Schweiz. Die Revision des Asylgesetzes wird auf Druck der FDP eine Vereinfachung des Asylverfahrens bringen (Gewährung vorübergehenden Schutzes für Kriegsflüchtlinge; ein Grossteil der zeit- und kostenaufwendigen Individualverfahren fällt weg; verstärkte Missbrauchsbekämpfung). Zudem bringt diese Revision erstmals eine gesetzliche Grundlage für Schutzbedürftige.

Trotz gewissen Erfolgen der schweizerischen Asylpolitik steckt diese nach wie vor in grossen Schwierigkeiten – nicht zuletzt auf Grund unrealistischer politischer Vorschläge, die oft zu einer lähmenden Patt-Situation führen. Nach Meinung der FDP müssen die durch die nachfolgenden Postulate abgedeckten Problembereiche explizit genannt und einer Lösung zugeführt werden, ansonsten laufen wir Gefahr, dass die vorhandene Unzufriedenheit in der Bevölkerung weiter wächst.

Asylpolitische Postulate

Asylaussenpolitik

1. Schaffung einer eigentlichen Asylaussenpolitik
2. Zusammenarbeit mit den europäischen Nachbarstaaten
3. Förderung des «burden-sharing»

Asylinnenpolitik

4. Schaffung eines Asylverfahrensrechts
5. Schaffung eines Sparanreizsystems im Kostenbereich
6. Optimierung des Beschwerdeverfahrens: Effizienz und Qualität
7. Optimierung der Zusammenarbeit zwischen dem Bundesamt für Flüchtlinge (BFF) und der Asylrekurskommission (ARK)
8. Verstärkte Integration: Fördern und fordern!
9. Verstärkte Einflussnahme auf die einzelnen Volksgruppen
10. Repräsentative Untersuchungen
11. Einbezug in die Kriminalitätsbekämpfung
12. Konsequente Ausschaffung
13. Zentrale Unterbringung Papierloser in Bundeszentren
14. Weniger differenzierte Behandlung von kriminellen Asylbewerbern
15. Verstärkte Grenzüberwachung



Talon

JA, ich möchte das detaillierte Positionspapier «Asylpolitik» der FDP Schweiz bestellen. Es ist auch auf Internet unter www.fdp.ch abrufbar.

Name/Vorname: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Bitte einsenden/faxen/E-Mails an:
 FDP Schweiz, Postfach 6136, 3001 Bern
 Fax (031) 320 35 00, E-Mail gs@fdp.ch

Was meinen Sie? Was meinen Sie?
Was meinen Sie?
 Sie? Was meinen Sie? Was meinen Sie?
 Haben Sie sich gefreut, geärgert?
 Sie? **Schreiben Sie uns!** Was
 meinen Sie? Was meinen Sie?
 Was meinen Sie? Was meinen Sie?
 Sie? Was meinen Sie? Was meinen Sie?
 meinen Sie? Was meinen Sie?
Unsere Adresse:
 Redaktion «Der Freisinn»
 FDP Schweiz
 Postfach 6136
 3001 Bern

PRÄSIDENT  Standortbestimmung

Mutterpartei zeigt Profil

Der FDP Schweiz gelingt es immer besser, sich als «Reformpartei» zu profilieren. Sie will damit aufzeigen, dass die FDP die Partei ist, welche die Schweiz modernisieren will. Ein wichtiger Schritt in diese Richtung wurde mit der «Vision 2007» gemacht. Für mich sind diese Visionen etwas vom besten, was die FDP in den letzten Jahren hervorgebracht hat. Die Aussagen sind deutlich und klar sowie für alle verständlich. Die FDP zeigt endlich Profil.

**MICHAEL HUBER,
PRÄSIDENT JUNGFREISINNIGE SCHWEIZ**

Damit die FDP als Reformpartei dastehen kann, muss sie aufzeigen, dass die anderen Parteien nicht fortschrittlich denken. Dass die SVP mit ihrer Folklore- und Jodel-Politik rückwärtsgerichtet ist und keine Veränderungen – geschweige denn Reformen – will, ist jedem und jeder klar.

**SP:
Politik des «Weiter so»**

Schon schwieriger ist es, die SP als konservativ zu outen. In der breiten Bevölkerung hat die SP immer noch den unverdienten Ruf, «modern» zu sein. Doch schon das Ja zur Genschutzinitiative zeigt nur zu deutlich, dass sie gegenüber der Zukunft eine pessimisti-

sche Haltung einnimmt und Angst vor jeder Veränderung hat. Überall versucht die SP, sich an bestehenden Regelungen festzuhalten. Z. B. in der Finanzpolitik: Auch wenn die Löcher in allen Staatskassen alarmierend sind, ist sie nicht bereit, die notwendigen Anpassungen bei den Ausgaben vorzunehmen. Man schaut eben nicht in die Zukunft und lässt die Probleme auf sich zukommen. Die Verliererinnen und Verlierer stehen schon heute fest: Es sind wir Jungen, denen der Handlungsspielraum genommen wird, unsere Zukunft zu gestalten, da wir mit Schuldendienst und -rückzahlung gar kein Geld mehr haben, um neue Projekte anzureissen. Dies scheint die SP mit ihrer Politik des «Weiter so» allerdings nicht zu stören.

Was aber besonders überrascht: Die SP und die SVP stehen parteiintern vor grossen Problemen. Die SP-Präsidentin ist in der Fraktion und im Sekretariat unbeliebt bis verhasst und bringt die Wahlstrategen in ihrer Partei mit ihren Grundwert-Diskussionen zum Haareraufen. Die SVP hat kein besseres Reinheits: Der Generalsekretär samt Pressechef stehen nicht hinter der hinterwäldlerischen Politik ihres Arbeitgebers, und der fröhlich mit-revolutionisierende Berner Fraktionspräsident hat einen Warnschuss vor den Bug erhalten. Trotz all dieser Probleme schwingen diese beiden Parteien aber bei Wahl-

umfragen mit den saftigsten Gewinnen von allen Parteien obenauf. Ärgerlich.

FDP: Frische Gesichter

Nun muss die FDP beweisen, wer den längeren Atem hat. Die Positionierung als Reformpartei ist nun zur Kenntnis genommen worden. Doch die Partei wird an ihrer neuen Bezeichnung auch immer mehr gemessen. Während Parteileitung und Generalsekretariat mit neuem Wind und neuen Gesichtern diesen Ruf bestärken können, sieht es bei der Fraktion leider allzuoft anders aus. Und es ist eben gerade ihr Verhalten, das die Wählerinnen und Wähler beeinflussen wird. Die

Stahlhelme haben zwar selbst in ihren stärksten Kantonen (wie z. B. Aargau und St. Gallen) schon bei der LSVA eine überraschend deutliche Abfuhr erhalten und müssten nun eigentlich zur Kenntnis nehmen, dass sie mit ihren alten Rezepten ausgedient haben. Nichtsdestotrotz steht mit der Wohneigentumsinitiative des Hauseigentümerverbandes wieder eine Vorlage auf dem Programm, die ihnen das beste Profilierungsfeld bietet und die FDP wieder spalten wird. Auch das Referendum gegen die Mutterschaftsversicherung, das wohl auch von einigen freisinnigen Köpfen geprägt werden wird, passt in keiner Weise zum Image einer modernen Partei.

Es bleibt also Handlungsbedarf! Hier haben auch wir Jungfreisinnigen eine verantwortungsvolle Position. Wir sind es, die aufzeigen können, dass es Junge gibt, die optimistisch in die Zukunft schauen und dass die Stahlhelme ihre Zeit überlebt haben und bald der neuen Generation Platz machen werden. Die FDP wird sich wohl erst in einigen Jahren und nicht schon bei den Wahlen 99 erfolgreich als Modernisierungspartei etabliert haben. Wir können bei der Beschleunigung dieses Prozesses mithelfen: Mit echter, moderner jungfreisinniger Politik. ■



«Die Stahlhelme müssten nun eigentlich zur Kenntnis nehmen, dass sie mit ihren Rezepten ausgedient haben.» (Bild ruti)

Enttäuscht über Droleg-Resultat

Die Jungfreisinnigen Schweiz (JF Schweiz) sind enttäuscht über den Ausgang der Droleg-Initiative. Die vielen Nein-Stimmen betrachten sie als Zeichen dafür, dass die Schweizerinnen und Schweizer nun zuerst Erfahrungen mit der kontrollierten Abgabe harter Drogen machen wollen, bevor sie einen Schritt weitergehen.

Das Tempo der Droleg-Initiative war vielen offensichtlich zu hoch. Die Jungfreisinnigen sind aber überzeugt davon, dass mit der bevorstehenden Revision des Betäubungsmittelgesetzes viele Anliegen der Initiantinnen und Initianten Wirklichkeit werden. Die Drogenpolitik der Schweiz ist für ihre Fortschritte bekannt: Noch vor

20 Jahren war die Spritzenabgabe umstritten, vor 10 Jahren wurden die Jungfreisinnigen mit ihrer Forderung der kontrollierten Abgabe harter Drogen noch ausgelacht – heute ist sie Realität. Es würde die Jungfreisinnigen also nicht verwundern, wenn im Jahr 2010 in der Schweiz alle Drogen liberalisiert wären. ■

deutsch français

www.fdp.ch

willkommen
Besuchen Sie
unsere neue
homepage!

bei der Freisinnig-Demokratischen Partei au Parti Radical-Démocratique




EIDG. VOLKSINITIATIVE «WOHNEIGENTUM FÜR ALLE»  FDP-Interview mit Bundesrat Kaspar Villiger

«Initiative setzt am falschen Ort an»

HERR BUNDESRAT, WARUM SETZEN SIE SICH SO VEHEMENT GEGEN EINE VOLKSINITIATIVE EIN, DIE EIN URFREISINNIGES ANLIEGEN VERTRITT, NÄMLICH DIE WOHNIGENTUMSFÖRDERUNG?

Sie ist nicht nur ein freisinniges Postulat, sie ist auch in der Verfassung verankert. Deshalb haben wir heute schon eine griffige Förderung von Wohneigentum. Denken Sie an den Vorbezug von Mitteln aus der beruflichen Vorsorge und die gebundene Selbstvorsorge für den Erwerb von Wohneigentum. Oder an die grosszügige Gewährung von Abzugsmöglichkeiten für Unterhaltskosten und Schuldzinsen: Sechs von zehn Wohneigentümern kommen allein deswegen in den Genuss einer eigentlichen Subvention. Hingegen hat die Initiative wenig bis gar nichts mit Wohneigentumsförderung, aber viel mit Begünstigung zu tun: Der grösste Teil der verlangten Steuererleichterungen käme nämlich jenen zugute, die bereits Wohneigentum besitzen. Am meisten erst noch den höheren Einkommen. Nur etwa ein Viertel ginge an solche, die erst noch bauen möchten. Und dort sind die Steuern nicht der entscheidende Faktor. Der Inhalt der Initiative hält also nicht, was die Etikette verspricht.

gentum besitzen. Am meisten erst noch den höheren Einkommen. Nur etwa ein Viertel ginge an solche, die erst noch bauen möchten. Und dort sind die Steuern nicht der entscheidende Faktor. Der Inhalt der Initiative hält also nicht, was die Etikette verspricht.

DIE STEUERSCHRAUBE WIRD IN DER SCHWEIZ IMMER MEHR ANGEZOGEN. WIE KANN EIN FREISINNIGER FINANZMINISTER GEGEN EINE INITIATIVE SEIN, WELCHE DIESE SCHRAUBE ENDLICH ETWAS LOCKERT?

Die Initiative setzt am falschen Ort an. Sie lockert die Steuerschraube für jene, die bereits Wohneigentum haben. Dabei ist es völlig verkehrt, neue Subventionen einzuführen – und diese Steuervergünstigungen sind nichts anderes als Subventionen. Zudem bringt eine einseitige Steuersenkung nichts, solange keine konsensfähigen und durchsetzbaren Vorschläge für Ausgabenkürzungen vorliegen. Für die Allgemeinheit bedeutet ein Ja letztlich Spar-



FDP-Bundesrat Kaspar Villiger: «Es ist völlig verkehrt, neue Subventionen einzuführen.» (Bild ruti)

programme, Leistungskürzungen, Steuererhöhungen oder wachsende Schuldenberge. Und Steuererhöhungen als Kompensation – das kann ja auch nicht der Sinn der Sache sein. Denn es geht um relevante Summen: Wir haben errechnet, dass den öffentlichen Haushalten auf die Dauer jährliche Einnahmehausfälle von bis zu 1,9 Milliarden Franken entstehen würden. Davon entfallen 400–500 Millionen allein auf den Bund, rund 1,4 Milliarden auf die Kantone und Gemeinden. Und diese Steuergeschenke

muss jemand zahlen. Denn Wunder gibt es keine.

ES IST ABER UNBESTREITBAR, DASS DIE SCHWEIZ DIE NIEDRIGSTE WOHNIGENTUMSQUOTE IN GANZ EUROPA HAT. DAS HAT VOR ALLEM AUCH STEUERLICHE GRÜNDE. NUN WILL DIE INITIATIVE GEGENSTEUER GEBEN. WELCHER BÜRGERLICHE POLITIKER KANN DAGEGEN SEIN?

Jener, der das Landesinteresse vor das Einzelinteresse setzt. Und ich meine, dass es davon viele gibt. Denn liberal zu sein heisst Verantwort-

ung fürs Ganze zu tragen. Die FDP hat die Sanierung der Bundesfinanzen zum staatspolitischen Ziel erklärt. Jetzt gilt es, der Versuchung standzuhalten. Denn die Initiative ist finanzpolitisch falsch. Aber ganz abgesehen davon. Dem Traum vom eigenen Heim kommen wir mit dieser Initiative nicht näher. Sie ist eine Fehlkonstruktion: Sie begünstigt nicht nur die Falschen, sie setzt auch am falschen Punkt an. Denn die Steuern spielen beim Kauf kaum eine entscheidende Rolle. Das zeigt ein Beispiel aus dem Kanton Waadt: Während im Bezirk Lausanne nur 10% der Bevölkerung Wohneigentümer sind, beträgt die Quote im benachbarten Bezirk Echallens trotz höherer Steuerbelastung 55%. Andere Faktoren sind ebenso wichtig oder noch wichtiger, namentlich das Alter, der Zivilstand und das verfügbare Vermögen. Die Eigentumsquote ist bei uns auch tief, weil es gute und verhältnismässig günstige Mietwohnungen gibt und die Mieter zufrieden sind. Schliesslich wird die

Ausland-Strom?

STROM-FORUM 1/99

Bereits in den letzten Jahren wurden namhafte Eigentumsanteile schweizerischer Elektrizitätsunternehmen – wie zum Beispiel Atel, BKW, CKW und EG Laufenburg – direkt oder indirekt von ausländischen Investoren erworben. Als Vorbote einer überstürzten Marktöffnung? Nein, die Welchenstellung liegt bei einer zweckmässigen Gesetzgebung!

NAI ergeben sich zwangsläufig

Die Marktöffnung hat angesichts der herrschenden Überschusslage auf dem europäischen Strommarkt in allen Ländern einen volkswirtschaftlichen Preis: «Nicht amortisierbare Investitionen (NAI)». Besonders langlebige Anlagen wie Wasser- und Kernkraftwerke mit mindestens 80 bzw. 40 Jahren Lebensdauer können bei zu rascher Marktöffnung nicht mehr ordentlich abgeschrieben werden.

NAI sind in jedem Fall zu bezahlen

Alle Marktteilnehmer wollen von tieferen Strompreisen profitieren, doch wer zahlt den wirtschaftlichen und ökologischen Preis? Die NAI werden in jedem Fall bezahlt: durch die Stromkunden, die vornehmlich Kantone und Gemeinden gehörenden Kraftwerkseigentümer (d.h. Steuerzahler) bzw. die Darlehensgeber (vorab Pensionskassen). Oder werden die ausländischen Investoren profitieren?

VERBAND SCHWEIZERISCHER ELEKTRIZITÄTWERKE, Postfach 6140, 8023 Zürich

Internet: <http://www.strom.ch>

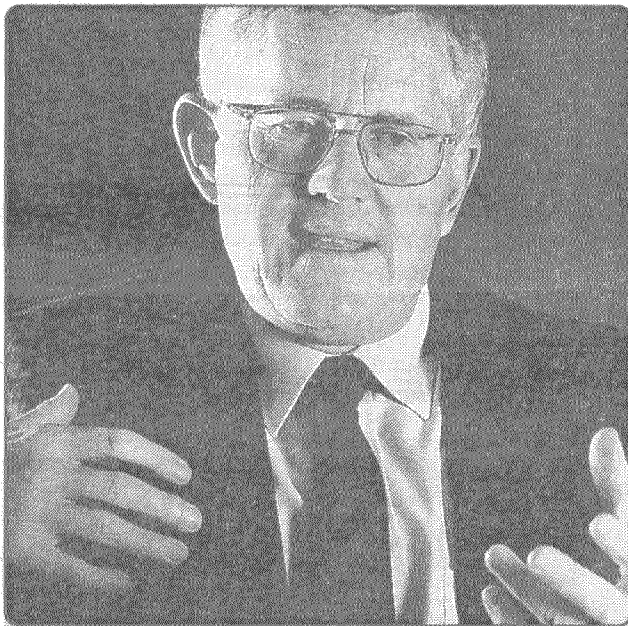
Mobilität aus beruflichen Gründen immer wichtiger, was den Entschluss zum Kauf eines Wohnobjektes nicht erleichtert.

aufsitzt, setzt sich aufs falsche Ross.

WELCHE ALTERNATIVE SEHEN SIE DENN ZUR INITIATIVE?

Eine systematische staatliche Wohneigentumsförderung, welche über die bewährten Instrumente hinausgeht, können wir uns angesichts der schlechten Haushaltslage nicht leisten. Das ist auch gar nicht nötig: Schon lange nicht mehr war es so attraktiv, ein Haus oder eine Wohnung zu erwerben. Die Boden- und Baupreise sind in den letzten Jahren stark gefallen,

die Zinsen befinden sich auf einem historischen Tiefpunkt, und die Einkommen dürften wieder steigen. Und ausgerechnet heute, wo alle Opfer bringen müssen, sollen die Wohneigentümer zusätzlich begünstigt werden? Das wäre auch im Vergleich zu den Mietern ungerrecht. Sie können im Gegensatz zu den Eigentümern für ihre Wohnkosten keine steuerlichen Abzüge vornehmen. Eine weitere Senkung der Eigenmietwerte würde deshalb das Gebot der Rechtsgleichheit verletzen. Das sagt auch das Bundesgericht.



«Die Initiative hat wenig mit Wohneigentumsförderung, aber viel mit Begünstigung zu tun.»
(Bild Michael Stahl)

WAS HALTEN SIE VON BEMÜHUNGEN ZUR ABSCHAFUNG DES EIGENMIETWERTS?

Die Diskussionen über diesen Dauerbrenner sind nicht zuletzt deshalb wieder aufgeflammt, weil es vielen verantwortungsbewussten bürgerlichen Politikern bei der wirklich unbefriedigend geratenen Wohneigentümerinitiative nicht wohl ist. Der sogenannte Systemwechsel, bei dem der Eigenmietwert und gleichzeitig auch die Abzugsmöglichkeiten für Unterhaltskosten und Schuldzinsen abgeschafft würden, ist sicher prüfenswert. Ich erachte die heutige Lösung zwar weiterhin als steuerlich richtiger. Aber ich sehe dennoch zwei Vorteile in einem Systemwechsel. Die ewigen Diskussionen über den Eigenmietwert würden aufhören, und es entstünde ein Anreiz, Hypotheken zu amortisieren. Allerdings kommt es sehr auf die konkrete Ausgestaltung an. Die Reform müssten wir allerdings zusammen mit den Kantonen realisieren, die in der Vernehmlassung den Systemwechsel grossmehrheitlich abgelehnt haben. Dennoch werden wir das Gespräch mit ihnen aufnehmen und mögliche Lösungen evaluieren.

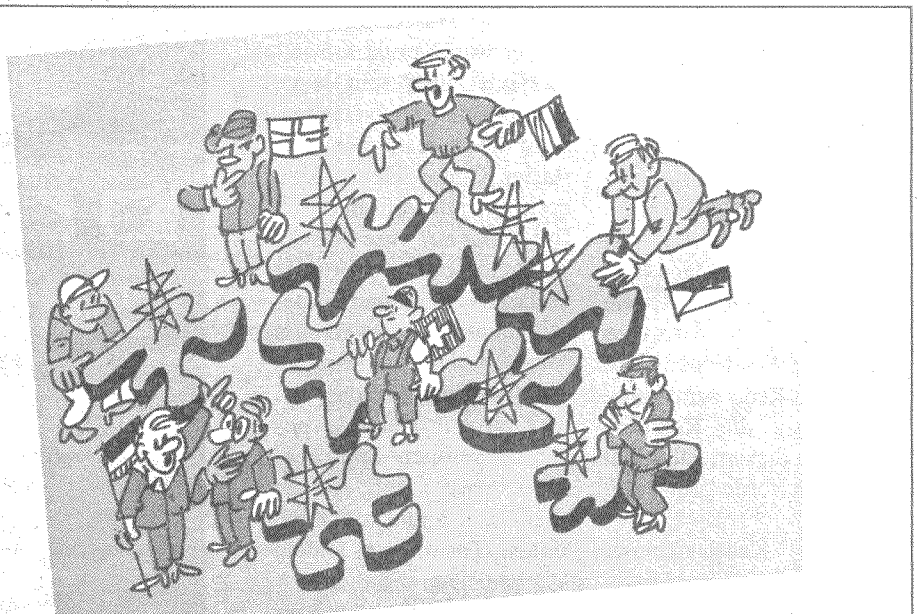
HERR BUNDESRAT, WELCHE ERWARTUNGEN HABEN SIE BEZÜGLICH DIESER INITIATIVE AN IHRE PARTEI?

Ich erwarte von allen Teilnehmern des Runden Tisches, dass sie zu ihrem Wort stehen. Wir müssen endlich unseren Bundeshaushalt in Ordnung bringen. Das hat jetzt Priorität, sonst kommen wir nie aus dem Schuldensumpf. Es wäre finanzpolitisch falsch, auf halbem Weg die Schleusen wieder zu öffnen. Die Wohneigentumsförderungsinitiative kommt finanzpolitisch zur falschen Zeit, sie setzt den Hebel am falschen Ort an, und sie ist nicht gerecht. Sicher: für eine bürgerliche eigentumsfreundliche Partei mit vielen Hauseigentümern als Mitglieder braucht es Mut und Standfestigkeit, die richtigen Prioritäten zu setzen: Wollen sie die Gesamtverantwortung für die Gesundung der Staatsfinanzen oder das eigene Portemonnaie in den Vordergrund stellen? Ich bin überzeugt, dass viele Freisinnige das langfristige Landesinteresse höher gewichten und am 7. Februar Nein stimmen. Ich selber werde es jedenfalls auch tun. Denn die Argumente gegen die Initiative sind unter dem Strich wesentlich freisinniger als jene dafür.

Der von den Initianten behauptete Bauboom ist nicht realistisch. Drei Viertel der Steuererleichterungen kommen wie erwähnt sowieso den bisherigen Wohneigentümern zugute und lösen somit keine Bautätigkeit aus. Auch beim letzten Viertel, das für den Erwerb von Wohneigentum übrigbleibt, ist das Baupotential sehr klein. Weil alle künftigen Eigentümer ja heute schon irgendwo wohnen, käme vorab der Kauf von Mietobjekten in Frage. Und das löst keine Bautätigkeit aus. Wir haben ja einen rekordhohen Wohnungsleerbestand. Bauen in der Schweiz ist teurer als in grossflächigen Ländern mit billigeren Arbeitskosten. Und erschlossenes Bauland ist bei uns Mangelware und nicht Überfluss. Wie gesagt: Wer dem Bauboom-Argument

NAI-Höhe wird vom EMG bestimmt

Der Schlüssel für den Interessenausgleich liegt beim künftigen Elektrizitätsmarktgesetz (EMG). Er muss lauten: Vernünftige Etapierung der Marktöffnung zur Verminderung der NAI-Folgen. Marktzugang sollen zuerst die Grosskunden erhalten, die heute im europäischen Vergleich schlechter gestellt sind als die Kleinkunden. Eine zu rasche Öffnung zwingt die Eigentümer von Elektrizitätsunternehmen zu Verkäufen von Produktionsanlagen, wohl vorab an ausländische Investoren. Kann das das Ziel sein?



ABSTIMMUNG VOM 7. FEBRUAR 1999  Ja zur Lockerung der Kantonsklausel

«Qualitäten statt Kantone»

Sechs Jahre hat der jüngste Anlauf gedauert. Nach der Wahl von Ruth Dreifuss in den Bundesrat sind verschiedene parlamentarische Initiativen eingereicht worden, die dem unwürdigen Spiel mit Wohnsitzverlegungen im letzten Moment ein Ende bereiten sollten. Die Stossrichtung ging indessen nicht dahin, die Bestimmungen über den Wohnsitz zu verschärfen, sondern jene Vorschrift in der Bundesverfassung zu beseitigen, die besagt, dass nicht mehr als ein Mitglied des Bundesrates aus dem nämlichen Kanton gewählt werden darf.

VON FDP-STÄNDERAT
FRITZ SCHIESSER,
HASLEN (GL)



Das Anliegen der regionalen Verteilung ist auch heute noch aktuell.

Es wird in der vorgeschlagenen Neufassung denn auch aufgenommen, soll doch nach der neuen Bestimmung darauf Rücksicht genommen werden, dass Landesgegenden und Sprachregionen angemessen vertreten sind. Braucht es zusätzliche einschränkende Bestimmungen in der Bundesverfassung? Wohl kaum. Die heute geltenden Regeln engen den Spielraum für Kandidaturen derart ein, dass wenigstens auf die heutige starre Kantonsklausel verzichtet werden sollte. Schon heute ist vorzusehen, dass bei der nächsten Vakanz im Bundesrat die Auswahl wegen all der geschriebenen und ungeschriebenen Regeln derart gering sein wird, dass von einem Auswählen nicht mehr die Rede sein kann. Dabei mag die Kantonsklausel in diesem Fall nicht einmal im Vordergrund stehen.

Die Kantonsklausel wirkt sich vorwiegend in jenen Fällen aus, in denen ein

Mitglied des Bundesrates aus der lateinischen Schweiz zu wählen ist. Es ist deshalb nicht verständlich, weshalb gerade aus diesen Kantonen Widerstand gegen eine die Minderheiten besser schützende Verfassungsbestimmung angemeldet wird. Nach der heutigen Verfassung wäre es rechtlich möglich, einen Bundesrat aus sieben Mitgliedern aus der deutschen Schweiz zu wählen. Die neue Fassung lässt dies nicht mehr zu, nimmt also die berechtigten Interessen der sprachlichen Minderheiten in Schutz.

Und wie verhält es sich mit der Dominanz grosser Kantone? Zürich, Bern und Waadt waren praktisch immer oder über sehr lange Zeit im Bundesrat vertreten. Kam diesen Kantonen trotz starrer Kantonsklausel kein bestimmender Einfluss im Bundesrat zu? Ihre Präsenz im Bundesrat hat aber trotz verfassungsmässiger Beschränkung auf jeweils ein Mitglied der Landesregierung dazu geführt, dass andere grosse Kantone aus dem jeweiligen Sprachbereich, etwa Genf, Aargau oder Basel, kaum zum Zuge kamen. Da müssen andere Mechanismen gespielt haben als die Kantonsklausel.

Angst vor der eigenen Verantwortung

Die neue Fassung überträgt dem Wahlorgan, also der Vereinigten Bundesversammlung, einen grösseren Spielraum, hält umgekehrt zwei bisher ungeschriebene Elemente, auf die bei der Wahl Rücksicht zu nehmen ist, ausdrücklich fest: die Landesgegenden und die Sprachregionen. Die Frage, in welchem Verhältnis diese beiden Elemente zueinander stehen, mag hier offenbleiben. Was hier interessiert, ist die Zughaftigkeit, um nicht zu sagen die Angst, die in Teilen des Wahlorgans ob der neuen Verfassungsbestimmung sichtbar wurde. Traut sich die Mehrheit der Vereinigten Bundesversammlung nicht zu, auf Grund der

neuen Kantonsklausel eine gute Mischung im Bundesrat zustande zu bringen?

Qualitäten nicht gefragt?

Partei, Geschlecht, Muttersprache, Alter, Region, minimale Vorbildung, kein unschicklicher Zivilstand, so dürfte etwa das Anforderungsprofil für Kandidatinnen und Kandidaten bei der nächsten Bundesratsvakanz lauten. Zweitrangig sind die Fähigkeiten, das Amt eines Mitgliedes des Bundesrates auszuüben.

Ein wesentlicher Teil unserer Innenpolitik basiert auf Entscheidungen, die auf internationaler Ebene gefällt werden. Wer dabei nicht in Englisch verhandeln kann, ist weg vom Fenster. Das wissen wir nicht erst seit der Rede Blankarts, die, liest man sie in einem ruhigen

Moment, nicht nur Mitleid mit den eigenen Ministern hervorruft. Man fühlt sich als Bürger dieses Staates geradezu gedemütigt. Solches darf es nicht mehr geben. Wer in den Bundesrat will, soll nicht mehr nach den Grenzen ausgewählt werden, wie sie nach dem Tode des letzten Grafen von Toggenburg im alten Zürichkrieg festgelegt wurden, sondern nach den Anforderungen, wie sie das kommende Jahrhundert an uns stellt. Kandidatinnen und Kandidaten für die Landesregierung sind danach zu beurteilen, ob sie in der Lage sind, die Interessen des Volkes, insbesondere auch auf dem immer wichtiger werdenden internationalen Parkett, wirksam zu vertreten. «Qualitäten statt Kantone», so lautet die Lösung.

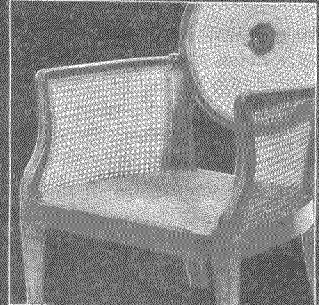
Behindertenwerk St. Jakob



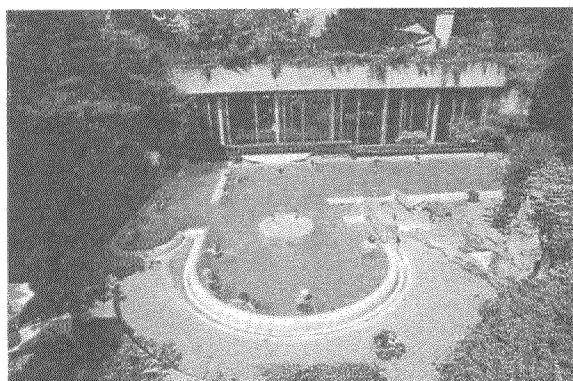
Jacqueline Hauser:
«Froh zu sein bedarf es wenig, wer auf ihm sitzt, ist ein König.» Oder die Freude an alter Handwerkskunst.



Traditionelles Know-how im St. Jakob! Die bei uns praktizierten Flechttechniken reichen zurück bis zu den robusten Rohrstuhlstützen Charles II. 1670 und erstrecken sich über die Chippendale-Epoche, das Viktorianische Zeitalter des Bergère-Stuhles bis in die moderne Zeit des Michael Thone.



Kanzleistrasse 18, 8026 Zürich
Telefon 01 - 295 93 93, Fax 01 - 295 93 95



Gesundheit & Lebensfreude

Kennen Sie **ThermalBaden?**

Wo sich schon im frühen Mittelalter Menschen von nah und fern trafen, um Erholung im heilenden VerenaBad zu finden, steht heute das romantische Hotel Verena Hof mit seinem Thermalschwimmbad – wie ehemals ein Zentrum der Gesundheit, der Begegnung und der Lebensfreude.

Lebensfreude – Gesundheit mit Genuss. Dies verspricht ThermalBaden. Zu Recht, denn seit Jahrhunderten sprudelt hier das mineralreichste Thermalwasser der Schweiz aus 19 heissen Quellen. Absolut naturbelassen und herrlich warm (36 °C), erweist es sich ganz im Sinne der heiligen Verena als beständiger Segen für alle, die Sinn für (Bade-)Kultur haben. Eine Entdeckungsreise in die Wellness-Oase vor den Toren Zürichs lohnt sich. ThermalBaden ist einfach, in kurzer Zeit, mit öffentlichen wie privaten Verkehrsmitteln erreichbar.



Das Hotel Verena Hof bietet Ruhe und Erholung in einer

Atmosphäre dezenten Luxus. Als einziges Hotel im verkehrsfreien ThermalBaden verfügt das romantische Belle-Époque-Hotel Verena Hof über direkten Zugang zum Thermalbad wie auch zum modern ausgestatteten Trainings- und Therapiezentrum. Ärzte und Fachkräfte kümmern sich dort um das Wohl der Verena Hof-Gäste, pflegen und verwöhnen mit Massagen, Fango, Wickeln und revitalisierenden Therapien. Zum umfassenden Angebot des Hotels Verena Hof gehören Beauty-Salon, Sauna, Solarium und natürlich eine feine, marktfrische Küche (auf Wunsch auch Diäten) mit vegetarischen Menüs und Vollwertmenüs zur Wahl.

ThermalBaden bietet zudem Unterhaltung nach Lust und Laune! Kinos, Theater, Casino, Galerien und Museen lassen reichlich Gestaltungsspielraum für ein abwechslungsreiches kulturelles Rahmenprogramm. Auf der Limmatpromenade oder den Hügeln der näheren Umgebung lässt es sich wunderbar spazieren. Ausserdem ist ThermalBaden ein optimaler Ausgangspunkt für Tagesausflüge.

Ich erfahre gerne mehr über ThermalBaden. Bitte senden Sie mir Unterlagen:

Name

Adresse

PLZ/Ort

Einsenden an: Hotel Verena Hof
ThermalBaden
5400 Baden

FDP 1+2/99

Schon ab **Fr. 298.–** gibt es **Wochenendangebote** zum Kennenlernen (zwei Nächte/drei Tage, inkl. Halbpension, Thermalbad, Sauna und Fitness und noch viel mehr). Wünschen Sie eine ausführliche Dokumentation? Rufen Sie an: Tel. 056 203 93 93. Oder füllen Sie gleich den Bestellalon aus.

Gönnen Sie sich einen Aufenthalt im Verena Hof. Bringen Sie jetzt Körper und Geist in Schwung!

Hotel Verena Hof, 5400 Baden
Tel. 056 203 93 93

Sie haben es verdient!

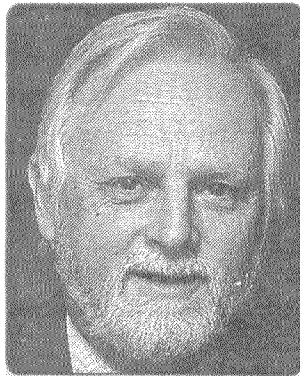
FDP INTERNATIONAL  Antrittsbrief des neuen Präsidenten

Botschafter des Freisinns im Ausland

Liebe Freisinnige

Ich möchte Sie als neuer Präsident der FDP Schweiz International ganz herzlich begrüssen. Mit mir freut sich auch der im Herbst neu gewählte Vorstand auf eine gute Zusammenarbeit mit Ihnen. Es ist uns ein Anliegen, Sie in regelmässigen Abständen über unsere Arbeit, aber auch über die nationalen politischen Inhalte und Tätigkeiten unserer Partei zu informieren.

Wir haben uns gefragt, was wir für Sie als unsere «Botschafter des Freisinns» im Ausland tun können, wie Ihre Wünsche und Anliegen aussehen, damit Sie sich von der Ferne aus gut vertreten fühlen. Das Resultat unseres Gedankenaustausches innerhalb des Vorstandes ist der Entwurf eines Leitbildes der FDP Schweiz International. Dieser Entwurf verfolgt die Idee, dass wir Sie in Zukunft nicht nur umfassender, sondern auch gezielter über zukünftige nationale Entwicklungen sowie Er-



Erich Müller, FDP-Nationalrat und Präsident FDP International.
(Bild ex-press)

eignisse informieren möchten. Gleichzeitig beabsichtigen wir, Sie verstärkt über die Positionen der FDP

Schweiz in wichtigen Sachgeschäften zu orientieren. Um diese Idee auch umsetzen zu können, bedarf es nebst unseren Anstrengungen auch Ihrer Mitarbeit, mit dem Ziel, Ihre Anliegen und Wünsche, aber auch Ihre Situation als Auslandschweizer besser verstehen zu können. Dazu gehört u. a. die Berücksichtigung Ihrer Stellungnahmen bei beabsichtigten Gesetzesänderungen, die wir in unsere Vernehmlassungsantworten gerne miteinbeziehen möchten.

Dieses Ziel zu erreichen bedingt, dass wir zum Nutzen der Bürgerinnen und Bürger im In- und Ausland zusammenarbeiten. Wir vom Vorstand der FDP Schweiz International, aber auch das Generalsekretariat der FDP Schweiz sind dazu gerne bereit. Ich bin davon überzeugt, dass wir auch mit Ihnen rechnen können. Daher würde es uns freuen, wenn Sie den beiliegenden Entwurf kritisch durchsehen könnten und uns mitteilen, wo für Sie die Chancen, aber auch die Probleme liegen und wie eine allfällige Zusammenarbeit aussehen könnte.

Und nun noch ganz konkret: Anlässlich des Aus-

landschweizer-Kongresses in Baden im August 98 haben uns freisinnige Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer ihre Betrachtungsweise zur freiwilligen AHV/IV dargelegt und ihre Sorgen diesbezüglich zum Ausdruck gebracht. Sie haben uns die Augen für die Anliegen der Auslandschweizer geöffnet, und wir haben daraufhin die genannten Bedürfnisse in unsere Vernehmlassungsantwort einfließen lassen. Als einzige Bundesratspartei haben wir Ihre Anmerkungen bezüglich der freiwilligen AHV/IV berücksichtigt.

Wir werden in der parlamentarischen Debatte Ihre Anliegen, die auch unsere sind, entsprechend vertreten. Wir wollen in Zukunft diesen Weg noch viel bewusster weitergehen.

Gerne senden wir Ihnen unser Positionspapier FDP Schweiz International sowie eine Liste der weiteren Positionspapiere, die Sie anfordern können.

Mit freundlichen Grüssen

*Der Präsident
Erich Müller,
Nationalrat*

FDP Schweiz International – Leitbild

Wir werden

- die liberal denkenden Auslandschweizer/-innen über die freisinnigen Positionen der Schweizer Politik orientieren.
- die liberal denkenden Auslandschweizer/-innen für die FDP Schweiz gewinnen: als Mitglieder, als Abstimmende, als Wählende.
- die Interessen der Auslandschweizer/-innen in der FDP Schweiz und im Parlament aktiv vertreten.

Zu diesem Zweck werden wir

- den Kontakt mit den FDP-Gruppen im Ausland bewusst pflegen und diese unterstützen.
- mit periodisch zugeleiteten Informationen über Positionen der FDP Schweiz orientieren.
- den FDP-Gruppen im Ausland die Ergebnisse

eidg. Abstimmungen und Vernehmlassungen, welche Auslandschweizer interessieren, zukommen lassen.

- mit periodischen Besuchen im Land durch die Vorstandsmitglieder den Kontakt pflegen.

- durch Vermittlung von Treffen mit FDP-Politikern und Wirtschaftsvertretern bei ihren geplanten Auslandsreisen Kontakte knüpfen.

- mit flankierenden Veranstaltungen an den Auslandschweizer-Kongressen die Anliegen der Auslandschweizerinnen und -schweizer wahrnehmen.

- durch einzelne FDP-Kantonsparteien mit den ihnen speziell nahestehenden Ländern (Göttiprinzip) den Austausch intensivieren.

- Ihnen einmal pro Jahr den «Freisinn» als Infor-

mationsplattform zur Verfügung stellen.

- Ihnen FDP-Kontakte in der Schweiz auf Bundes- und Kantonsebene anbieten.

- über den Präsidenten der FDP International und den FDP-Generalsekretär die Interessen der FDP-Auslandgruppen aktiv vertreten.

- mindestens einmal im Jahr im «Freisinn» einen Artikel über die Interessen der Schweizer/-innen im Ausland veröffentlichen.

- mindestens einmal im Jahr die Mitglieder der FDP-Auslandgruppen persönlich anschreiben.

- eng mit dem Generalsekretariat der FDP Schweiz und dem Auslandschweizer-Sekretariat zusammenarbeiten.

Kontakte

FDP Schweiz International

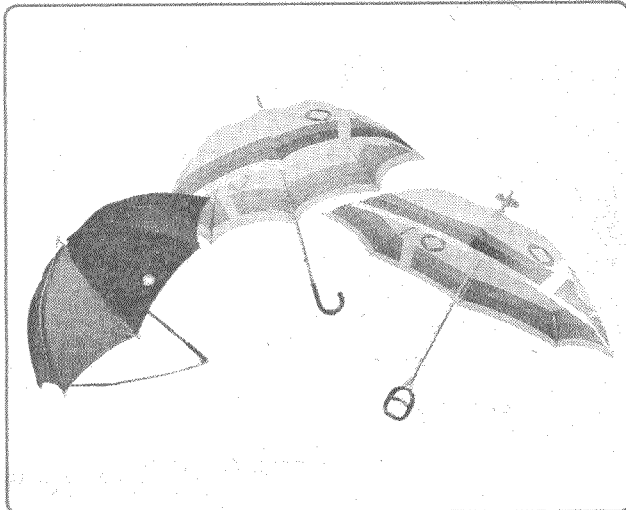
Präsident: Nationalrat Erich Müller, Sulzer AG, Postfach, CH-8401 Winterthur, Tel. ++41 52 262 32 41, Fax ++41 52 262 01 25

Ressortleiterin: Claudia Kohlschütter, Politologin M. A., GS FDP Schweiz, Neuengasse 20, CH-3001 Bern, Tel. ++41 31 320 35 35, Fax ++41 31 320 35 00

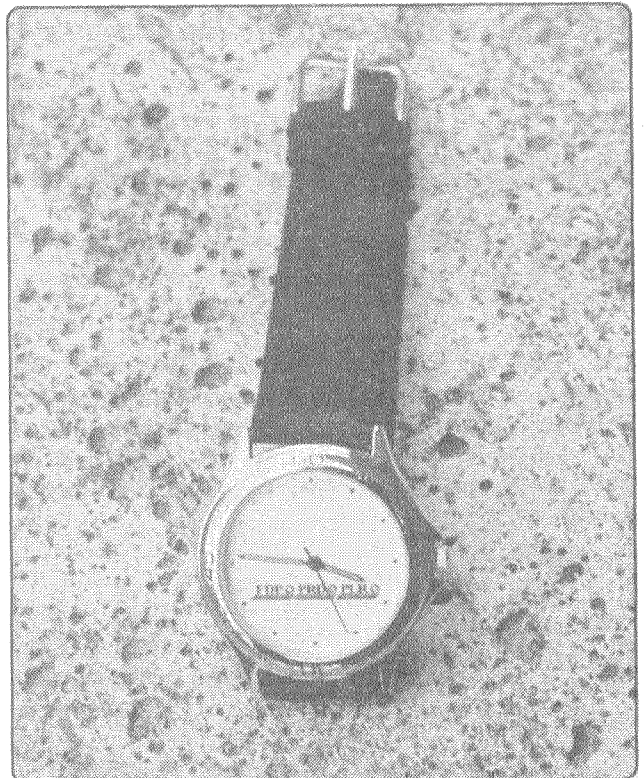
FDP-Lädeli 1999



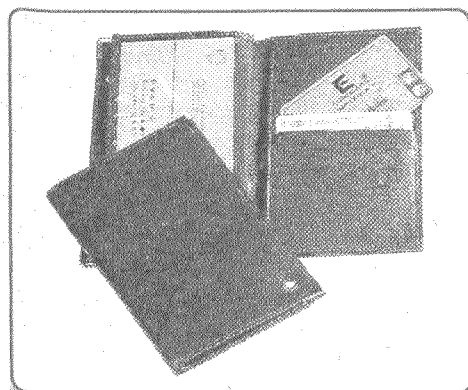
Krawatte 2001. Reine Seide Crêpe, 10 x 140 cm, in den Farben Dunkelblau, Blau/Rot/Weiss.



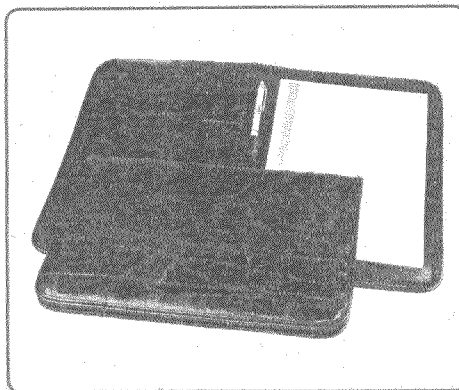
Der grosse Doppelschirm für das Wandern im Regen zu zweit. Der stabile Sportschirm, der nicht gestohlen wird. Der praktische Holzschirm.



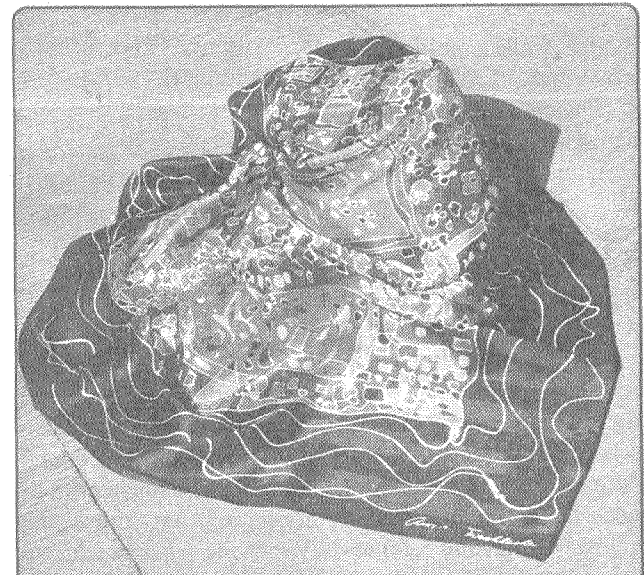
FDP-Armbanduhr «excellence», silber-poliert, schwarzes Lederband. Topmodisch.



Das solide und handliche Portefeuille mit dem FDP-Emblem aus bestem Anilinleder in Bordeaux.



Die praktische Konferenzmappe der FDP in schwarzem Patchwork-Leder mit Schreibblock und Kugelschreiber.



Foulard 2001. Reine Seide, 90 x 90 Zentimeter gross, in den modischen Farben Rot/Blau/Grün/Schwarz/Weiss.

Talon

ICH BESTELLE:

- | | | | |
|---|------------|---|------------|
| <input type="checkbox"/> Ex. Konferenzmappe | à Fr. 45.- | <input type="checkbox"/> Ex. Holzschirm | à Fr. 40.- |
| <input type="checkbox"/> Ex. Portefeuille | à Fr. 45.- | <input type="checkbox"/> Ex. Krawatte 2001 | à Fr. 40.- |
| <input type="checkbox"/> Ex. Doppelschirm | à Fr. 40.- | <input type="checkbox"/> Ex. Uhr | à Fr. 45.- |
| <input type="checkbox"/> Ex. Sportschirm | à Fr. 40.- | <input type="checkbox"/> Stück FDP-Foulard 2001 zu Fr. 50.- | |

Name: _____

1/99

Vorname: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Bitte einsenden an: FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern, Fax (031) 320 35 00.

INTERVIEW  Gabriele Badertscher, Uttwil

Tagesschulen – ein freisinniges Postulat

Die FDP-Ortsparteipräsidentin Gabriele Badertscher, Uttwil, hat im Kanton Thurgau kürzlich den Verein «Tagesschulen Thurgau» ins Leben gerufen. Der «Freisinn» hat sich mit ihr über Sinn und Zweck von Tagesschulen unterhalten.

EINE FREISINNIGE FRAU AN DER SPITZE EINES TAGES-SCHUL-VEREINS. IST DAS EIN NICHT EHER UNGEWOHNTES BILD?

Unsere Gesellschaft und Arbeitswelt befindet sich im Wandel. Frauen und Männer gleichermaßen streben in Beruf und Familie nach persönlicher Entfaltung und versuchen, die verschiedenen Ansprüche unter einen Hut zu bringen. Familien mit nur einem Elternteil steigen stetig. Unser Schulmodell hat den gesellschaftlichen Wandel bisher jedoch noch nicht nachvollzogen. Die Betreuung unserer Kinder (des wohl wichtigsten Guts unserer Gesellschaft) ist unter den veränderten Rahmenbedingungen nicht mehr optimal gelöst. Sinnvolle Tagesstrukturen fehlen, die Leidtragenden sind vorab unsere Kinder.

Die FDP hat diesen Wandel erkannt. In «Dazu stehen wir – Zielsetzungen und Postulate 1991–1995» fordert sie deshalb unter

dem Titel «Gleiche Rechte für Mann und Frau in Arbeit und Beruf»: Die bloss in Ansätzen vorhandenen familienergänzenden Infrastrukturen für die Kinderbetreuung sind qualitativ und quantitativ zu verbessern; der Übergang zu Blockzeitschulen und die Führung freiwilliger Tagesschulen ist zu fördern.

BLEIBEN WIR NOCH BEI DER FDP. WAS TUN SIE, UM DIE AKZEPTANZ VON TAGES-SCHULEN IN UNSERER PARTEI ZU ERHÖHEN?

Veränderung stösst bei vielen Menschen grundsätzlich zuerst auf Ablehnung. Es bedarf ausreichender Information, um Ängste und Vorurteile abzubauen und den Blick für die positiven Aspekte freizumachen. Deshalb heisst hier die Strategie: informieren, aufklären, das Thema einbringen, auf verschiedenen Ebenen ansprechen und weiterbearbeiten.



FDP-Ortsparteipräsidentin Gabriele Badertscher, Uttwil.

UND WAS KÖNNTE DIE PARTEI FÜR SIE TUN?

Das erfolgreiche Umsetzen von Programmen braucht persönliches Engagement. Je breiter eine Idee unterstützt wird, desto schneller kann eine Veränderung gelingen. Wir benötigen deshalb ideelle und materielle Unterstützung gleichermaßen. Der Anspruch auf die Einrichtung von öffentlichen, freiwilligen Tagesschulen soll nicht nur ein Programmpunkt bleiben, sondern aktiv angegangen werden, jetzt und heute.

WIE ERKLÄREN SIE IM EHER LÄNDLICHEN KANTON THURGAU DIE NOTWENDIGKEIT VON TAGES-SCHULEN?

Verschiedene Kantone haben das Problem bereits erkannt und das Angebot der öffentlichen Schulen um freiwillige Tagesschulen erweitert. Die Kinder lernen dort nicht nur den normalen Schulstoff, sondern nehmen in der Tagesschule auch das Mittagessen ein und erledigen die Schulaufgaben. Sie werden pädagogisch gefördert und haben in diesem Umfeld die Möglichkeit,

ihre sozialen Kompetenzen, die in unserer stetig komplexer werdenden Welt immer wichtiger werden, zu erkennen, auszuprobieren und unter professioneller Obhut weiterzuentwickeln. Das Echo auf unsere Vereinsgründung im Kanton Thurgau hat uns gezeigt, dass auch hier viele Eltern öffentliche, freiwillige Tagesschulen begrüssen würden.

BRAUCHEN WIR TAGES-SCHULEN EHER AUS SICHT DES KINDES ...

Viele Leute, insbesondere Männer, träumen auch heute immer noch von einem Familienbild, das seine Wurzeln im 19. Jahrhundert hat. Dieses Bild entspricht nicht mehr den Tatsachen. Heute gibt es nicht mehr nur einen Typ von Familie, sondern deren viele: Alleinerziehende, Grossfamilien, Kleinstfamilien usw. 40% aller Kinder sind heute Einzelkinder. Nur noch rund die Hälfte aller Familien trifft sich zu Hause am Mittagstisch. Bereits 1994 waren rund 56% aller in der Schweiz wohnhaften Mütter mit Kindern erwerbstätig. Die Tagesschule nimmt Rücksicht auf Kinder aus ganz unterschiedlichen Familientypen. Für Kinder, welche die Tagesschule besuchen, gibt es keine nachteiligen Familienverhältnisse.

... ODER AUS SICHT DER ELTERN?

Die Doppel- und Dreifachbelastung vieler erwerbstätiger Eltern, vor allem vieler erwerbstätiger Mütter, führt erfahrungsgemäss

zu Stress. Gerade bei allein-erziehenden Eltern erweist sich neben den Sorgen ums Einkommen das Betreuungsproblem als das schwerwiegendste. Auf der anderen Seite lassen die heutigen Schulmodelle vielen Frauen mit Kindern kaum eine Chance, jene berufliche Laufbahn zu wählen, welche sie wünschen und die ihnen gemäss ihren Fähigkeiten und Charaktereigenschaften offenstehen würden, wenn sie ihre Aufgabe als Erziehende verantwortungsbewusst wahrnehmen wollen.

WIE SEHEN DIE NÄCHSTEN SCHRITTE IHRES JUNGEN VEREINS AUS?

Das erste Quartal wird inhaltlich von Strategien zur Mitgliederwerbung bestimmt sein, um für weitere Aktivitäten Kraft und Potential zu haben. In der Folge werden wir Informationsveranstaltungen und Diskussionen organisieren. Ausserdem werden wir an konkreten Standorten Bedürfnisse erfassen und bekanntmachen. Wenn möglich möchten wir «Tagesschul-Schnupperwochen» organisieren, und natürlich soll möglichst bald ein erstes offizielles Pilotprojekt «Tagesschule» im Kanton Thurgau an die Hand genommen werden.

WANN GIBT ES IM KANTON THURGAU DIE ERSTE TAGES-SCHULE?

So bald wie möglich!!

Das Interview führte Brigitte Kaufmann-Arn, FDP-Frauen Schweiz



LINDER & LÖTSCHER AG BERN

Elektrische Anlagen
Rosenweg 25 A
3007 Bern
Telefon 031 371 00 88
Telefax 031 371 27 16

WETTBEWERB ◉ Bei der Genfer FDP

Was bringt sie in Verlegenheit?

Der FDP-Generalsekretär Johannes Matyassy war in Genf zu Gast. Offenbar hat er dabei zu Ständerätin Françoise Saudan eine Bemerkung gemacht, welche diese in arge Verlegenheit brachte. Schreiben Sie uns, was er wohl gesagt haben könnte.



Talon

Ich weiss, was der Generalsekretär zur Ständerätin gesagt hat:

« _____ »

Name/Vorname: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Einsenden, faxen oder e-mailen an: FDP Schweiz, Wettbewerb «Freisinn», Postfach 6136, 3001 Bern, Fax (031) 320 35 00, E-Mail: pressechef@fdp.ch

Angestellte mit FDP-Führung

FDP-Mitglied Dr. Hans Furer ab 1. Januar 1999 neuer Präsident der Vereinigung schweizerischer Angestelltenverbände (VSA)

Die mit 180 000 Mitgliedern zweitgrösste Arbeitnehmerorganisation der Schweiz wählte an der Sitzung vom 15. Dezember 1998 mit Dr. iur. Hans Furer einen neuen Präsidenten. Er löst in dieser Funktion Dr. Peider Signorell (ehemaliger Generalsekretär des Schweizerischen Kaufmännischen Verbandes) ab. Hans Furer ist Rechtsanwalt in Basel, Präsident des Bankpersonalverbandes Basel, Mitglied der Auf-

sichtskommission der Schweizerischen Arbeitslosenversicherung sowie Geschäftsführer des Verbandes Schweizerischer Angestelltenorganisationen der Chemischen Industrie (VSAC). Er verfügt somit über eine reiche Erfahrung bei der Ausgestaltung moderner Sozialpartnerschaft, Vertrags- und Lohnverhandlungen sowie bei wirtschaftlichen Zusammenschlüssen. Als Mitglied der FDP vertritt er eine eher bürgerliche, aber von starkem sozialen Engagement geprägte Wirtschaftspolitik.

Der VSA gehören an: Schweizerischer Kaufmännischer

Verband SKV – Verband schweizerischer Angestelltenvereine der Maschinen- und Elektroindustrie VSAM – Union Helvetia, Schweiz. Zentralverband der Hotel- und Restaurant-Angestellten UH – Verband Schweizerischer Angestelltenorganisationen der Chemischen Industrie VSAC sowie weitere Verbände. Mitglied sind auch zehn regionale Angestelltenvereinigungen. Die VSA verfügt über eine parlamentarische Angestelltengruppe, die aus 19 National- und Ständeräten aus allen politischen Lagern besteht.

Herzliche Gratulation,
Hans Furer!

Werben Sie erfolgreich in Ihrer Parteizeitung!

Weil ein Inserat in 78 000 Exemplaren von «Freisinn FDP Schweiz» viele interessierte Leserinnen und Leser findet.

Und weil Sie sich damit den attraktiven Markt unserer Mitglieder erschliessen.

Wir freuen uns auf Ihre Präsenz,

Ihre FDP Schweiz

Ich/wir möchte/n mehr über die Werbemöglichkeiten in «Freisinn FDP Schweiz» erfahren:

- Bitte senden Sie mir/uns den aktuellen Anzeigentarif.
- Die Anzeigenverwaltung soll mit mir/uns Kontakt aufnehmen.

Name/Firma: _____

Zuständig: _____

Adresse: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____

Fax: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Bitte einsenden/faxen an:
Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz
Postfach 6136, 3001 Bern

Telefon (031) 320 35 35, Fax (031) 320 35 00
E-Mail: gs@fdp.ch

Bauern, gebt Euer Geld aus!

Sparen lohnt sich nicht, denn der Bund wird Euch das Fehlende ersetzen!

So belohnt er die «Unternehmer», die ein Vermögen von unter 800 000 Franken versteuern, mit der Auszahlung von vollen Direktzahlungsbeiträgen, während er denen, welche über eine Million Vermögen deklarieren, die Beiträge ganz einfach streicht.

Ich komme bereits mit dem Ertragswert meines 32-ha-Betriebes auf ein Vermögen von ca. 720 000 Franken. Da ich meinen Betrieb nicht von Hand bewirtschaften will, besitze ich noch ein paar Maschinen. Heute muss ich sagen: Gott sei Dank habe ich noch etwas Schulden!

Aber dem sei weit gefehlt: Denn der Bund bestraft auch die, die zu grosse Betriebe haben, indem er ihnen bei über 30 ha Be-

triebsgrösse oder bei grösserem Viehbestand als 45 Grossvieheinheiten fürs erste 25% der Zahlungen streicht. Gott sei Dank bin ich nicht noch grösser!

Denn wenn mein Betrieb über 60 ha gross wäre, bekäme ich überhaupt nur noch die Hälfte usw.

Komisch; heute muss ich froh sein, nicht zu gross und nicht schuldenfrei zu sein. Das waren doch einst meine Ziele als junger Unternehmer. Mir ist es rätsel-

haft, wie die Schweizer Landwirtschaft dereinst in der EU existieren will, wenn man die innovativen und noch nicht pleite gegangenen Betriebe auf diese Art und Weise «abklemmt».

Ich werde meine ganze Energie aufwenden, um zu erreichen, dass der Bund jede Form von Direktzahlungen so schnell wie nur möglich bleiben lässt. Ich bin mir bewusst, dass ich den Unmut meiner Berufs-

kollegen auf mich ziehen werde. Aber wenn gesunde, leistungsfähige Betriebe auf diese Art und Weise bestraft werden, dann stimmt an dieser Politik, die den Steuerzahler immerhin 2,8 Milliarden Franken jedes Jahr kostet, etwas nicht. Steuerzahler, spart Euch dieses Geld, es ist passive Sterbehilfe!

*Lukas Angehrn,
Landwirt,
Lömmenschwil/SG*

Die Frauen der FDP auf dem Weg ins nächste Jahrtausend

Grosser Festanlass und Wahlkampfauftakt

WANN: Samstag, den 26. Juni 1999, Zeitrahmen ca. 10.30–15.30 Uhr

Wo: Im neuen Kultur- und Kongresszentrum in Luzern (ist allein schon eine Reise wert)

TEILNEHMERINNEN: Alle National- und Ständerätinnen, alle Regierungsrätinnen, Bundesrichterin und Generalsekretärin der Bundesversammlung, alle Mandatsträgerinnen auf kantonaler und kommunaler Ebene, alle Kandidatinnen für die Parlamentswahlen am 24. Oktober 1999, alle Frauen in der FDP sowie Sympathisantinnen... kurz: ein Grossaufmarsch.

Dabeisein ist ein Must.

PROGRAMM: u. a. Ansprache von Frau Nationalratspräsidentin Trix Heberlein, Statements der Fraktionspräsidentin Ständerätin Christine Beerli und von Mandatsträgerinnen und solchen, die es werden wollen, aus allen Landesteilen

Musik:

Frauen spielen Musik von Frauen: Klaviertrio von Fanny Mendelssohn

Imbiss:

hoffentlich auf der Terrasse des KKL

Gastreferentin:

Khalida Messaoudi, Algerien, Trägerin des Friedenspreises der Liberalen Internationalen 1998

Und weitere Events, die wir noch nicht verraten.

ZIEL: Solidarität zeigen, feiern, den Wahlkampf aufnehmen, mindestens 1000 Teilnehmerinnen

Aufgabe an alle: Termin reservieren und blockiert lassen. Frauen mobilisieren.

Visionen

Eine Vision oder sogar einige Visionen zu haben scheint heute in zu sein. Im Lexikon steht unter Vision: Erscheinung, Traumbild und Zukunftsentwurf. Die neuste Vision der FDP ist der Beitritt zur EU und der Uno. Die SPS, die CVP und jetzt auch die Grünen reiten diese Vision, auch der Bundesrat befürwortet dieses Ansinnen.

Es ist kein Geheimnis mehr, dass uns der Beitritt zur EU sage und schreibe netto 3,7 Milliarden Franken kostet. Niemand von den Parteigrössen und auch

nicht der Bundesrat äussert sich über die Kosten für einen Uno-Beitritt.

Die Visionenkosten «Bahn 2000 und Neab», Schwerverkehrssteuer, Energiesteuer, CO₂-Steuer, EU- und Uno-Beitritt, von den Krankenkassenprämien nicht zu reden, bedeuten für uns und die kommenden Generationen Steuern und nochmals Steuern.

Es wäre für die FDP besser, mit Zielen zu arbeiten statt mit Visionen.

*Rudolf Lanz,
Solothurn*

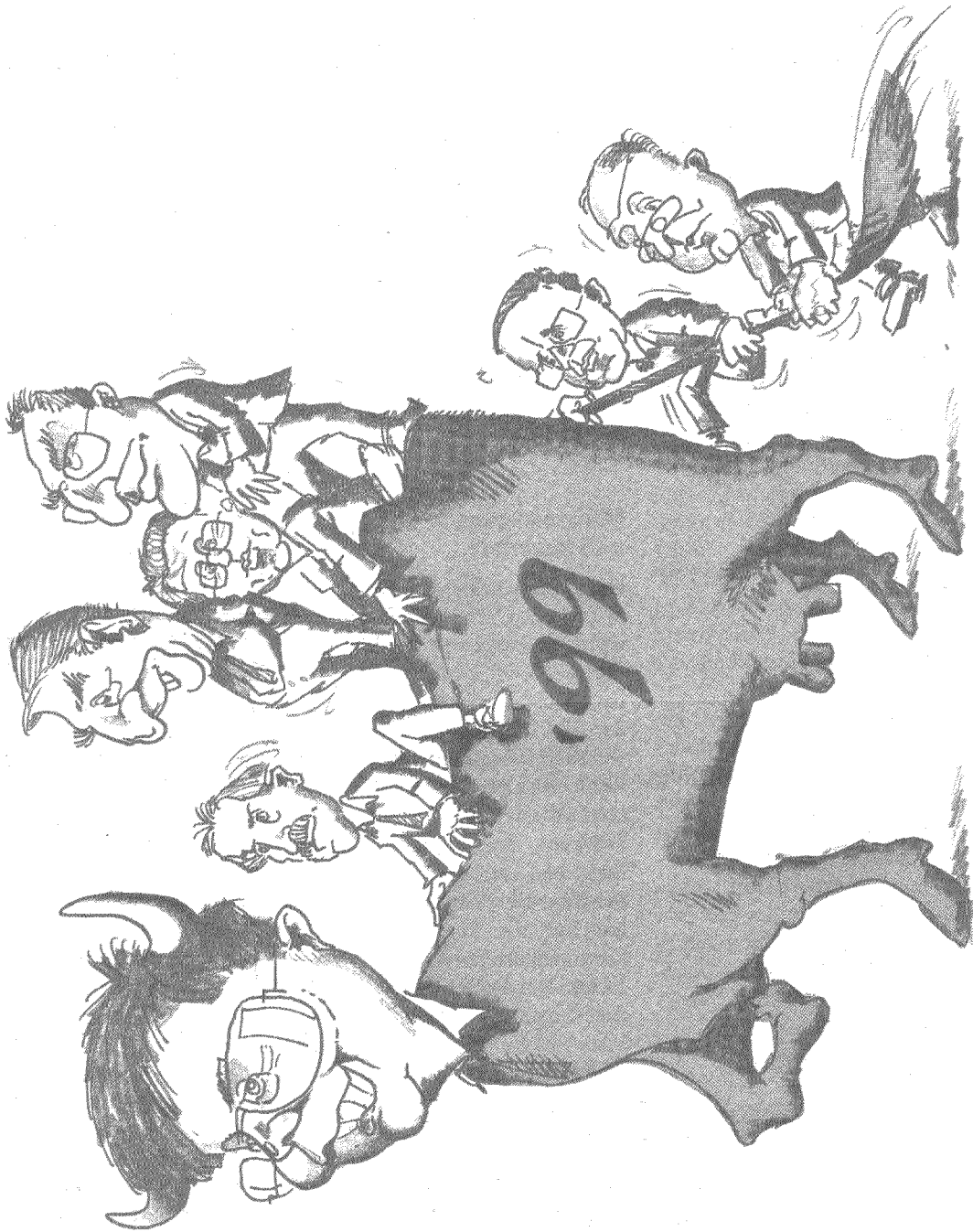
TERMINE

Februar

- 4. Bundesratsparteien-Gespräch
- 5. Von-Wattenwyl-Gespräch
- 7. Eidgenössische Abstimmung
- 19./20. VorseSSIONALE Fraktionssitzung
- 23. Presseverband

März

- 1.–19. Frühjahrs-session
- 4. Geschäftsleitung
- 9. Beamtencocktail
- 16. Presseverband / Essen mit der Fraktion
- 19. Sekretärenkonferenz / Geschäftsleitung / Delegiertenrat
- 20. a. o. Delegiertenversammlung (Landquart)



LA RUTH
QUI RIT.

At 78

Karikatur Andreas Töns

1999 ◉ Zum politischen Jahr

Fin de siècle – höchste Zeit für Erneuerung

1998 hat die Modernisierungspolitik der FDP erstmals richtig gegriffen. Sie war in allen Volksabstimmungen erfolgreich. Anfang Jahr heisst es nun, einen Ausblick auf die kommenden Herausforderungen des nächsten Jahres und der Zeit nach dem Millennium zu tun.

VON FDP-PRESSECHIEF
GUIDO SCHOMMER,
BERN



1998 war für die Schweiz, die Schweizerinnen und Schweizer,

den Bundesrat, aber auch für die FDP ein guter Jahrgang. In Jahresrückblicken wurde vornehmlich auf Erfreuliches zurückgeblickt. Tatsächlich sind denn 1998 auch wichtige Entscheide gefallen, die für die nächsten Jahre mitprägend sein werden: Die Wahl des reformfreudigen und mutigen Bundesrats Pascal Couchepin, das überdeutliche Nein zu Technologieverböten (Genverbotsinitiative), das noch klarere Ja zum Haushaltsziel 2001 und damit zur konsequenten Gesundung der Bundesfinanzen, die nochmalige zweifache Bestätigung der Schweizerischen Verkehrspolitik durch die Annahme sowohl der LSVA- als auch der FinöV-Vorlage und der damit erst ermöglichte Abschluss der bilateralen Verhandlungen mit der Europäischen Union (EU): Sie alle machen das Jahr 1998 zu einem erfolgreichen politischen Jahr. Für die FDP auch deshalb, weil das Volk in allen zehn Vorlagen ihren Parolen folgte und damit auch angezeigt hat, dass es die Modernisierungspolitik der FDP mitträgt, die auch

bisher eher unübliche Koalitionen ermöglicht und erfordert. Parteiintern hat die ausserordentliche Delegiertenversammlung vom 24. Oktober 1998 in Neuenburg den Glanzpunkt der Neuorientierung der FDP in einem veränderten Umfeld gesetzt. Gleichzeitig kommt die Umsetzung der FDP-Vorstellung «Unsere Schweiz 1999–2007» gut voran. Die Voraussetzungen für ein gutes politisches Abschneiden der FDP auch 1999 sind geschaffen. Ein grosser Wertustropfen bleibt allerdings: Der Tod unseres erst im Januar 1998 zurückgetretenen Bundesrats Jean-Pascal Delamuraz lastet schwer auf uns.

Umsetzung der Reformpolitik

Die Ausfüllung der Leitlinien für die nächsten Jahre mit politischer Substanz ist im Stadium der Realisierung. So beschreitet die FDP mit ihren Positionsbezügen zur Asylpolitik und zur Entwicklungszusammenarbeit neue Wege. Das Einstehen für ein stärkeres Engagement der Schweiz vor Ort und einen aktiven Beitrag der Schweiz – Asyl-aussenpolitik – zur Migrationsverhinderung mag als Beispiel dienen. Asylinnenpolitisch schlägt die FDP ein ganzes Bündel von Massnahmen im Verfah-

rens- und Vollzugsbereich vor. In der Sicherheitspolitik (äussere und innere) wird die FDP in naher Zukunft – jedenfalls noch vor der Veröffentlichung des neuen sicherheitspolitischen Berichts – eine Neu-positionierung vornehmen. Weitere Konkretisierungen der Modernisierungspolitik folgen.

Modernisierungspolitik wird honoriert

Die glaubwürdige, auf Problemlösung statt nur -benennung ausgerichtete Politik der FDP wird also an der Urne honoriert und von der FDP-Basis ganz offensichtlich mitgetragen. Auch wenn einzelne Vertreter der alten Vorstellungswelt den Eindruck vermitteln wollen, als sei die FDP Schweiz ein Phantom, und nur auf die Parolen der Kantonalparteien komme es an: Die Fakten belegen das Gegenteil: Die in der Vox-Analyse zur Abstimmung vom 27. September 1998 ermittelten 79 Prozent Zustimmung der FDP-Sympathisanten zur LSVA sprechen eine klare Sprache. Die Parolen der FDP Schweiz werden mitgetragen. Alle anderen Behauptungen sind Versuche nicht belegbarer Geschichtsklitterung.

Das Millennium naht

1999 wird nicht nur wegen der anstehenden Nationalratswahlen ein wichtiges Jahr. Das nahende Millennium lässt grosse, zum Teil auch übertriebene Hoffnungen auf grosse und rasche Änderungen aufkommen. Die politische Aufbruch-

stimmung ist geradezu spürbar. Sie findet ihren Ausdruck zum Beispiel in sehr pragmatisch, aber letztlich erfolgreich angegangenen Projekten der Revision der Bundesverfassung. Nach Jahrzehnten der erfolglos versuchten grossen Würfe ist endlich ein Anlauf – mindestens im Parlament – geglückt. Es ist eine der herausfordernden Aufgaben der Modernisierungspolitik, diesem Gemeinschaftswerk auch an der Urne zum Erfolg zu verhelfen – ohne dabei zu verhehlen, dass diese Nachführung für die FDP nur den Grundstein kommender Reformen bildet. Zu gross ist der Reformbedarf beispielsweise in der Staatsleitung oder bei den Volksrechten, als dass man nach erfolgter Nachführung die Hände in den Schoss legen könnte. Weitere Herausforderungen erwarten die Schweiz:

■ die Arbeitsmarktherausforderung: Trotz stark gesunkenen Arbeitslosenzahlen im Laufe von 1998 müssen grösste Anstrengungen unternommen werden, um mehr Arbeit zu ermöglichen. Dazu gehören beispielsweise die Öffnung der Märkte, die Erhaltung eines flexiblen Arbeitsmarktes und der Verzicht auf gesetzlich festgeschriebene arbeitsvernichtende Mindestlöhne.

■ die demographische Herausforderung: Innert absehbarer Frist werden allein die demographisch bedingten Kosten der Sozialversicherungen explodieren, denn die Babyboom-Jahrgänge der Nachkriegsjahre treten sehr bald in den Ruhestand über.

■ die Bildungsherausforderung: Die Schweiz hat ihre internationale Spitzenstellung in der Bildung (unsere wichtigste Ressource!) nicht genügend ausbauen können. Hier darf und muss sich der Staat engagieren.

■ die europäische Herausforderung: Die bilateralen Verträge sind innenpolitisch so zu begleiten, dass die Probleme der Übergangsfristen (Verkehr und Personenfreizügigkeit) zu einem echten Gewinn für die Schweiz werden.

■ die sicherheits- und migrationspolitische Herausforderung: Flüchtlingsbewegungen müssen durch ein wesentlich verstärktes Engagement der Schweiz am Krisenort zu verhindern versucht werden. Gelingen kann dies nur im multilateralen Verbund. Gleichzeitig ist an der Asylinnenfront alles zu tun, um Verfahren und Ablauf fair zu straffen.

Alle diese Projekte verlangen nach Reformen, die sich nicht mehr am althergebrachten Links-Rechts-Schema orientieren können. Beiträge zur Problemlösung statt nur zur -benennung sind gefragt. Für 1999 und die weiteren Jahre ist also Potential für die Modernisierungspolitik noch und noch vorhanden. ■

Steuerprobleme

Dipl. Steuerexperte berät Sie
Rufen Sie mich einfach an
Tel. 0900 900 842

Honorar Fr. 6.60/Min. inkl. Telefongebühr,
erste 90 sec. 25 Rappen/Min.
Werner Keller, dipl. Steuerexperte
Winterthur (052) 212 92 72